

Die Einzel Täter



**Ein Neonazi,
ein Attentat,
ein Mord**

Hintergründe zum
Lübecker Strafprozeß
gegen den
Berliner Kay Diesner



Impressum

„Die Einzeltäter
Ein Neonazi, ein Attentat, ein Mord –
Hintergründe zum Lübecker Strafprozeß
gegen den Berliner Kay Diesner“,
Herausgeber: PDS-Landesvorstand Berlin
Dezember 1997

Warum?

Vom 8. August bis zum 1. Dezember 1997 verhandelte das Lübecker Landgericht gegen den „Polizistenmörder“ und Berliner Neonazi Kay Diesner.

Die PDS hat den Prozeß begleitet, denn wir waren mehrfach betroffen. Der erste Mordanschlag, den Diesner am 19. Februar 1997 verübte, galt der PDS. Getroffen und für sein weiteres Leben gezeichnet, wurde der Buchhändler Klaus Baltruschat. Vier Tage später wurde ein junger Mann, der Polizeibeamte Stefan Grage, kaltblütig ermordet.

Diesner wurde als Einzeltäter angeklagt und verurteilt. Zu Recht? Das juristische Verfahren ist das eine. Uns interessierten insbesondere die politischen Hintergründe und Begleitumstände. Was formte Diesner zu einem haßerfüllten Krieger? Wer leistete seinem Amoklauf Vorschub? Welche aktuellen Gefahren für die Gesellschaft, für die Demokratie und für Menschenleben werden deutlich, sobald der „Einzeltäter“ in sein rechtsextremistisches Milieu zurückgestellt wird?

Vielfach wurde Diesner als ein „Verwirrter“ dargestellt, dessen Gedankensprünge nicht nachvollziehbar seien. Mit der vorliegenden Broschüre wird versucht, neofaschistische Konzepte und Strategien aufzuzeigen, die Diesner verinnerlicht hat und keinesfalls nur er. Es wird aber auch deutlich, daß es geistige Verwandtschaften bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft hinein gibt, einhergehend mit der Verharmlosung rechtsextremer Gefahren. Damit wollen wir auch zu weiterführenden Debatten über eine noch wirksamere antifaschistische Arbeit – in der PDS und darüber hinaus – anregen.

Danken möchten wir allen, die uns geholfen haben, vor allem Klaus und Käthe Baltruschat.



Lothar Bisky
PDS-Vorsitzender



Petra Pau
PDS-Landesvorsitzende Berlin

Inhalt

Mord an der BAB 24	
<i>Lübecker Gericht verhängt lebenslange Haftstrafe</i>	7
Attentat in Alt-Marzahn	
<i>Politisch motivierter Anschlag auf Buchhändler</i>	9
Geständnis eines Kriegsgefangenen	
<i>Berliner Ermittlungen im Zwielicht</i>	11
Haß auf die PDS	
<i>Feldzüge nach Hellersdorfer Krawallen</i>	13
Politiker im Gleichschritt	
<i>JN-Strafanzeige gegen Gysi, Pau und Klett</i>	16
Schönbohms „Berliner Appell“	
<i>Falschaussage im parlamentarischen Ausschuß</i>	18
Durchblicke beim Verfassungsschutz	
<i>Frühwarnsystem: Rache völlig untypisch</i>	21
Streit über Berliner Ermittlungen	
<i>Diesner „nicht dringend tatverdächtig“</i>	24
Mörderischer Germanenkult	
<i>Diesners Kampfgefährten, einst und jetzt</i>	29
Anti-Antifa	
<i>Spähdienste und Bombenbauer</i>	33
Wehrwölfe und Zeitbomben	
<i>Terroristen zwischen NSDAP, IRA und RAF</i>	37
Weißer Arischer Widerstand	
<i>Professionell und mit allen Waffen</i>	40
Resümee mit Fragezeichen	
<i>Krieg: ein Toter und zwei zufällig Überlebender</i>	43
Daten und Fakten	47

Drei Tage im Februar

Die Medien waren „voll drauf“, als am 8. August 1997 der Strafprozeß gegen den Berliner Kay Diesner im Landgericht Lübeck eröffnet wurde. Und sie waren wieder „voll da“, als das Urteil gesprochen wurde. Doch worüber wurde berichtet? In dieser Frage schieden sich die Geister und unterschieden sich die Berichte. Die einen setzten vorrangig den „Rechtsextremisten“ ins Bild, andere vor allem den „Polizistenmörder“. Einige bemühten sich, Hintergründe und Tatsachen zu erhellen, die an drei Tagen im Februar 1997 kulminierten.

Am 15. 2. 1997 wollten in Berlin-Hellersdorf Kameraden der rechtsextremen NPD-Jugendorganisation, Junge Nationaldemokraten (JN) aufmarschieren. Es gab antifaschistische Gegenkundgebungen. Es folgten Ausschreitungen, für die die PDS verantwortlich gemacht wurde.

Am 19. 2. 1997 wurde in Berlin-Marzahn ein Attentat auf den Buchhändler Klaus Baltruschat verübt. Der Schütze entkam, aber der Verdacht lag nahe, daß es sich um einen politisch motivierten Anschlag auf die PDS handelte.

Am 23. 2. 1997 wurde auf einem Autobahnrastplatz in Schleswig-Holstein bei einer Verkehrskontrolle der Polizeibeamte Stefan Grage erschossen und sein Kollege verletzt. Diesmal konnte der Täter gestellt werden: Kay Diesner aus Berlin.

Die Berliner PDS hat eine Arbeitsgruppe gebildet und externen Sachverständigen einbezogen. Ich habe versucht, die „drei Tage im Februar“ in Zusammenhänge zu stellen, in die sie nach unserer Meinung gehören. Dafür, daß dies unvollständig bleiben mußte und ausreichend ungelöste Fragen bleiben, bitte ich um Nachsicht.

André Peters

Mord an der BAB 24

Lübecker Gericht verhängt lebenslange Haftstrafe

„Ein schöner Morgen“, denkt Patrick Mc Gowan und reckt sich den kurzen Schlaf aus den Gliedern. Auch sein Kollege Mc Ginty regt sich bereits in der Fahrerkabine seines Brummis. Gegen drei Uhr hatten die beiden Iren, aus Holland kommend, auf dem Rastplatz Roseburg ein paar Stündchen Schlaf gesucht. Heute soll es nach Polen gehen. Ein Mazda-Kombi teilt sich inzwischen den Parkplatz mit den beiden Fernfahrern. Noch ist es sonntagsruhig an der Bundesautobahn 24 zwischen Hamburg und Berlin. Der Morgentee ist schnell bereitet. Eher beiläufig bemerkt Mc Gowan, wie sich ein Polizeivw hinter den Mazda stellt. Ein Hund kläfft, ein junger Mann geht zu den Beamten, man spricht miteinander, er kehrt zu seinem Mazda zurück. Sekunden später knallen zwei Schüsse, die Beifahrerscheibe des Polizeiwagens zerspringt. Mc Ginty duckt sich im Fahrerhaus, Mc Gowan sucht unter seinem Laster Deckung. „Ich dachte, daß er nun zu uns kommt“, erinnert er sich später vor dem Lübecker Landgericht an seine Todesangst. Nochmals lädt der Mazda-Fahrer sein Gewehr und ballert erneut auf das Polizeiauto. In Panik flüchtet der Fahrer aus dem Streifenwagen. „Ich bin gelaufen, wie noch nie. Nur weg, in Sicherheit kommen“, waren seine einzigen Gedanken. Stefan Grage, sein 32-jähriger Kollege, erwidert das Feuer aus seiner Dienstpistole, dann bricht er schwer getroffen zusammen. Der Mazda rast über die Böschung des Parkplatzes zur Autobahn und verläßt diese wenig später wieder über Land. Inzwischen hat die alarmierte Polizei Ringfahndung ausgelöst. Zwei Hubschrauber werden geordert, einer für den verletzten Polizisten, der andere, um den Mazda auszumachen. Bis zu 15 Streifenwagen sind im Einsatz. Noch zweimal versucht Diesner seine Verfolger in die Flucht zu schießen, zuletzt auf der Bundesstraße 209 zwischen Lauenburg und Büchen. Seine halbautomatische „Mossbach“ im Anschlag, rollt sich der beinwunde Attentäter „professionell“, wie ein Polizeibeamter fand, aus der Beifahrertür und drückt ab. Wenig später gibt er auf. „Du Arschloch, warum hast du nicht auf meinen Kopf gezielt“, beschwert er sich bei seiner Festnahme. Sein Leib war durch eine kugelsichere Weste bewehrt. Im Mazda findet sich ausreichend Material für einen Kleinkrieg.

„Eine Flucht nach Rambo-Manier“, faßt Richter Vilmar später das vorläufige Finale an jenem 23. Februar 1997 zusammen.

Stefan Grage überlebt seine Schußverletzungen nicht. Die von Diesner verwendete Munition nutzen Großwildjäger oder US-Polizisten, um Autos mit

einem Schuß auf den Motorblock zum Stehen zu bringen, sagt ein Sachverständiger. „Ohne Vorwarnung schoß er sofort ins Auto“, bezeugt Polizeiobermeister Kussauer, was die beiden Fernfahrer aus Irland an jenem „schönen Morgen“ beobachtet hatten. „Die Lunge des Polizisten war komplett zertrümmert, quasi nicht mehr da“, gibt der zum Tatort gerufene Notarzt zu Protokoll. „Er war zur falschen Zeit am falschen Ort“, sagt die um Fassung ringende Mutter des getöteten Polizisten während der Beweisaufnahme.

„Polizisten soll man“, nein, revidierte sich Diesner, „Polizisten kann man erschießen“. Diesners Mutter sprach ihm vor Gericht Mut zu und von einer „Verkettung unglücklicher Zufälle“.

„Vollendeter Mord“, entscheidet das Lübecker Landgericht nach 15 Verhandlungstagen gegen den Berliner Neonazi Kay Diesner am 1. Dezember 97: lebenslange Haft!

Attentat in Alt-Marzahn

Politisch motivierter Anschlag auf Buchhändler

Am Morgen dieses 23. Februar ahnte die Berliner Kriminalpolizei noch nicht, wem die Kollegen aus Schleswig-Holstein notgedrungen auf der Spur waren. Noch tappten die Hauptstädter auf der Suche nach einem Attentäter, der vier Tage zuvor in Berlin-Marzahn einen Buchhändler zum Krüppel geschossen hatte, weitgehend im Dunkeln. Daß es sich um einen rechtsextremistischen Anschlag handelte, war naheliegend und alsbald in aller Munde. „Anschlag vorm PDS-Haus: Galt er Petra Pau?“, titelte der Berliner Kurier am 20. Februar und präsentierte ein Foto der Berliner PDS-Vorsitzenden mit einem angeblichen Leibwächter. BILD assistierte: „Gregor Gysi: Attentat vor seinem Büro!“ Die Berliner Zeitung schrieb: „Auf die PDS ist gestern offenbar ein Anschlag verübt worden. Im Haus des Wahlkreisbüros des PDS-Politikers Gregor Gysi in Marzahn wurde ein Buchhändler angeschossen und schwer verletzt. In der PDS-Zentrale in Mitte ging am Mittwoch ein Bekenneranruf ein.“ Dieser anonyme Anrufer drohte 12.03 Uhr: „Schade, daß das heute früh nicht geklappt hat“ und „Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten“. Wer der Anrufer war, wurde nie geklärt, auch nicht, woher er sein Wissen bezog – ein Zaungast, ein Mitwisser, ein Mittäter gar? Spätere Recherchen der Sonderkommission des Berliner Landeskriminalamtes, der SoKo Alt-Marzahn, ergaben, daß zu dieser Stunde noch kein Rundfunksender über den Mordanschlag berichtet hatte.

An jenem Mittwoch betrat Klaus Baltruschat gegen 9 Uhr als erster das Gebäude mit der Anschrift Alt-Marzahn 64. Hier betreibt seine Frau einen „Kleinen Marzahner Buchladen“, wie ein Anwaltsbüro im selben Haus eine Kanzlei unterhält. Kaum hatte Klaus Baltruschat seinen Anrufbeantworter auf mögliche Kundenwünsche oder Verlagsangebote abgehört, stand eine vermummte Gestalt im Türrahmen und schoß ohne Vorwarnung auf den arglosen 62-jährigen. Baltruschat fiel zu Boden und schleppte sich mit letzter Kraft auf die Straße. Ein Passant fand den Schwerverletzten, holte Hilfe und alarmierte die Polizei. Der Täter war bereits entkommen.

„Die Kripo geht von einem Terroranschlag der rechten Szene aus“, schrieb die BZ am nächsten Tag. Man wolle nicht spekulieren, erklärte die Berliner PDS-Landesvorsitzende Petra Pau zurückhaltend, „allerdings gibt es ernstzunehmende Indizien, die eine politisch motivierte Tat nicht ausschließen.“ Der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen und die Sicherung des Karl-Liebknecht-Hauses vor weiteren Anschlägen. In Alt-Marzahn wurden Spu-

ren gesichert, Zeugen gesucht und Hunderte Anlieger befragt. Das Landesamt für Verfassungsschutz wurde eingeschaltet und Klaus Baltruschat, dem der linke Arm und ein rechter Finger amputiert werden mußten, im Krankenhaus vernommen, später wurde auch ihm Polizeischutz gewährt. Ermittlungsergebnisse aber blieben rar. Am 22. Februar, drei Tage nach den Schüssen von Marzahn, notierte die SoKo: „Nachdem beim derzeitigen Ermittlungsstand keine neuen Anhalte zur Motiverklärung der bzw. des Täters vorliegen, wurden nunmehr die engeren bekannten Familienmitglieder des Geschädigten... geprüft.“ Zu den „engeren bekannten Familienmitgliedern“, die das LKA fand, gehörten auch zwei Personen, die nicht einmal Klaus Baltruschat „bekannt“ waren: Eine Frau, mit der er in „erster Ehe“ verheiratet gewesen sein soll, und ein Sohn aus dieser nie stattgefundenen Liaison.

Geständnis eines Kriegsgefangenen

Berliner Ermittlungen im Zwielficht

Ich kämpfe „gegen den imperialistischen und faschistischen Staat der BRD, für die Freiheit des deutschen Volkes. Ich bezeichne mich als Kriegsgefangenen und verlange, als solcher behandelt zu werden. Sollte ich vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt werden, dann möchte ich ohne Binde und ohne Fesseln erschossen werden – wie ein Soldat.“

Sätze aus Diesners erster Vernehmung am Abend des 23. Februar in Lübeck.

Inzwischen war die Identität des Mazda-Fahrers festgestellt. Diesner trug, wie im Krieg, eine Erkennungsmarke. Unmittelbar nach seiner Festnahme wurden das Bundeskriminalamt (BKA) und die Berliner Polizei eingeschaltet. Dort „tauchte im Laufe des Tages der Verdacht auf“, schrieb die Berliner Morgenpost am 24. Februar, „daß der mutmaßliche Polizistenmörder auch der Mann sein könnte, der vergangenen Mittwoch in Alt-Marzahn den 62-jährigen Buchhändler Klaus B., ebenfalls mit einer Schrotflinte, niedergeschossen haben könnte.“ Jedenfalls sei „der Verdacht nicht völlig aus der Luft gegriffen“, wird ein „Berliner Beamter“ zitiert. Gegen 16 Uhr fand auf Anweisung der Lübecker Staatsanwaltschaft eine Hausdurchsuchung in Diesners Wohnung statt. Mehr oder weniger zufällig tauchten dabei Diesners Mutter und ihr Lebensgefährte auf. Sie wurden durch Beamte des LKA Berlin zu Diesners Verbleib und zum Polizistenmord befragt – kein Wort, keine Frage zum Marzahner Attentat findet sich in den Gerichtsakten, sagt Anwalt Ulrich Dost, der die Nebenklage von Klaus Baltruschat vor dem Lübecker Landgericht übernahm. Dabei wohnte Diesner nur wenige hundert Meter vom Tatort entfernt. Auch in der Lübecker Vernehmung Diesners gegen 21 Uhr des 23. Februar haben die Schüsse von Marzahn keine Rolle gespielt.

Zwar hatte das Berliner LKA inzwischen einen Munitionsabgleich beantragt, doch selbst am 24. Februar stand Diesner offenbar noch nicht unter „dringendem Tatverdacht“. Erstmals wurde er am 25. Februar in Lübeck damit konfrontiert, „daß im Fall des versuchten Mordes Baltruschat Patronenhülsen gefunden wurden, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus seiner Waffe verfeuert wurden“. Zur selben Zeit wartete das Berliner LKA mit einer Pressemitteilung auf, die sich in zahlreichen Zei-

tungen wiederfindet: „Kai Diesner ist u. a. wegen Widerstands vorbelastet. Er gehörte zu der inzwischen... aufgelösten Gruppierung „Die Vandalen“ unter der Führung des Rechtsextremisten Priem... Neben anderen in Marzahn ansässigen Personen des rechtsextremistischen Spektrums war auch Diesner bereits in den Blickpunkt der polizeilichen Ermittlungen geraten. Sein Verbleib konnte jedoch seit dem 14. 2. 97 nicht geklärt werden.“

Diesner gestand am 25. Februar, daß er auf Klaus Baltruschat geschossen hat. Er kenne sein Opfer nicht, sagte er in seiner vierten Vernehmung, habe Baltruschat aber der PDS zugeordnet, die er „bestrafen“ wollte. „Ich hasse die PDS“, eine „extrem deutschfeindliche Partei“, die am 15. Februar zur Gewalt gegen Deutsche aufgerufen habe. Deshalb wollte „ich der PDS einen Denkmittel verpassen“, wiederholte Diesner am 26. Februar sein Motiv für den Marzahner Mordanschlag.

Haß auf die PDS

Feldzüge nach Hellersdorfer Krawallen

Offenen „Haß auf die PDS“ hegte und pflegte in diesen Februartagen nicht nur Diesner. So sah sich der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Wolfgang Wieland, am 20. Februar zu einer öffentlichen Mahnung veranlaßt: „Innensenator muß parteipolitisches Ausschlachten beenden.“ Wieland appellierte an den CDU-Politiker, „seinen andauernden Feldzug gegen die PDS“ einzustellen. Auch die Berliner Zeitung rief zur „Mäßigung“ auf und kommentierte zwei Tage nach dem Marzahner Attentat: „...Innensenator Schönbohm war wie die gesamte Berliner CDU, wie auch die SPD, schnell dabei, als es galt, die PDS... zu verurteilen. Diese Anklage verkehrt die Verantwortlichen. Es war das Recht der PDS, gegen Neoanisz zu demonstrieren. Selbst die Hellersdorfer CDU schloß sich dem Aufruf an. Es wäre im Gegenteil die Pflicht des Innensensors gewesen, den ausländerfeindlichen Aufmarsch zu verbieten und einen Straßenkampf zu verhindern.“

Die Tageszeitung ging noch weiter, allerdings keinesfalls zu weit, wie sich später zeigen sollte.



„Innensenator Jörg Schönbohm verurteilte gestern die Schüsse auf ein PDS-Mitglied in Marzahn als „feigen Mordanschlag“. Der Erklärung mangelt es aber am Wesentlichsten: der gebotenen Solidarität mit einer demokratischen Partei, der PDS nämlich, der das Attentat galt. Und der Erklärung fehlt ein Weiteres: über den eigenen Anteil an diesem Mordanschlag nachzudenken... Schönbohm hat mit seiner Hetze gegenüber der PDS die Rechtsextremisten ermutigt; er hat Anteil als geistiger Brandstifter an dem Mordanschlag“, urteilte Gerd Nowakowski in der taz vom 21. Februar.

Auch Richter Vilmar wird am Ende des Prozesse anmerken, was den Ausschlag für Diesners Racheakt gegeben haben könnte: „Diesner entnimmt dem Fernsehen und der Stellungnahme von Innensenator Schönbohm, daß die PDS für die Krawalle in Hellersdorf verantwortlich gewesen sei.“

Was war geschehen? Seit 1990 versuchen rechtsextremistische Organisationen und Neofaschisten aus dem In- und Ausland immer wieder, gerade in Berlin, der Hauptstadt, Flagge zu zeigen. Mit wechselndem Erfolg, weil sich zumeist hinreichend Berlinerinnen und Berliner dagegen wehrten. So auch am 9. Mai 1992, als Tausende gegen den Aufmarsch alter und neuer Nazis in Berlin-Lichtenberg demonstrierten. Die 1991 gegründete Freie Wählergemeinschaft „Wir sind das Volk“, 1992 in „Die Nationalen“ umgewidmet, hatte vor dem russischen Museum in Karlshorst eine „Gedenkumgebung“ mit dem britischen Auschwitz-Leugner David Irving als Hauptredner geplant. Sie wurde verhindert.

Das Kampforgan der „Nationalen“ ist die „Berlin-Brandenburg-Zeitung“ und ihr damaliger Herausgeber heißt Andreas Storr. Storr marschierte am 1. Mai 1996 mit 300 Neonazis, darunter 30 Berliner, durch Marzahn und bedankte sich hernach beim (PDS)-Bezirksbürgermeister für die ungestörte Entfaltungsmöglichkeit seiner Kameraden am „Tag der Arbeit“. Nunmehr war es wieder Andreas Storr, der für den 15. Februar 1997 einen Aufmarsch der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) durch Berlin-Hellersdorf angemeldet hatte.

Arbeitsplätze statt Ausländerhetze

Der Protest ließ nicht lange auf sich warten. Alle in der Bezirksverordnetenversammlung von Hellersdorf vertretenen Parteien schlossen sich am 30. Januar 1997 einem Initiativantrag der CDU-Fraktion an. Darin wurde das Bezirksamt ersucht, „mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln... den geplanten Aufmarsch von Neonazis und rechtsradikalen Gruppen am 15. Februar 1997 in Hellersdorf zu unterbinden“. Stadtweit

fanden sich Bündnisse von Gewerkschaftern, antifaschistischen Verbänden und Gruppen. Die PDS, Bündnis 90/Die Grünen, die Jusos und der stellvertretende DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg forderten das Verbot des Aufmarsches. Bezirksbürgermeister aus anderen Stadtbezirken schlossen sich den Hellersdorfer Protesten an. Mehrere Gegenkundgebungen zum JN-Aufmarsch wurden angemeldet. Innensenator Schönbohm verfügte kein Verbot. Der CDU-Politiker und Ex-General ließ mit dem Berliner JN-Chef, Andreas Storr, eine „Saalveranstaltung“ in Berlin-Weißensee aushandeln und beorderte am 15. Februar 600 Polizisten nach Hellersdorf. Am Bahnhof Wuhletal eskalierte dann die Situation, nachdem vorherige antifaschistische Kundgebungen für „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze“ friedlich verlaufen waren.

„Heftige Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und Gegendemonstranten in Hellersdorf / Braune Kundgebung verhindert“, schrieb tags darauf der Berliner Tagesspiegel.

„Demo gegen Rechts versank im Chaos – während Skinheads und Neonazis in einen U-Bahn-Wagen flüchten konnten, nahm die Polizei ein Drittel aller Gegendemonstranten, nämlich 104 Personen vorläufig fest“, meldete die taz. Und das Neue Deutschland schrieb: „Ohne erkennbaren Anlaß ging die Polizei auch gegen Teilnehmer einer parallel und in einiger Entfernung auf dem Bahnhofsvorplatz stattfindenden, angemeldeten Kundgebung der PDS vor.“

Noch am selben Abend klärte Innensenator Schönbohm öffentlich die Schuldfrage. In einem Fernseh-Interview des Sender Freies Berlin (SFB) sagte der CDU-Politiker: „Es war wohl der Aufruf des Herrn Klett, beispielhaft die Sache zu verhindern... Das hat dann dazu geführt, daß sich etwa 300 nach Wuhletal begeben haben, zu dieser S-Bahnstation, um dort dann auf die 30 – es waren ja nur 30 Jungdemokraten – Hatz zu machen.“

„Herr Klett“ ist Bezirksbürgermeister von Berlin-Hellersdorf und Mitglied der PDS. Mit diesem farschen Urteil des CDU-Senators waren Schuld und Haß in verhängnisvolle Bahnen gelenkt, waren die Stichwörter „PDS“ und „Menschenhatz“ gegeben, war ein politischer „Feldzug gegen die PDS“ eröffnet.

Politiker im Gleichschritt

JN-Strafanzeige gegen Gysi, Pau und Klett

Einen Tag nach den Hellersdorfer Krawallen gibt JN-Chef Andreas Storr der Presse kund:

„Die Jungen Nationaldemokraten haben am 16. 02. Strafanzeige gegen die PDS-Politiker Dr. Gregor Gysi, Dr. Uwe Klett und Petra Pau gestellt. In der Strafanzeige werden die PDS-Mitglieder Gysi und Klett im Zusammenhang mit der durchgeführten „antifaschistischen“ Demonstration zu der geplanten Versammlung der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) am 15. 02. 1997 in Berlin-Hellersdorf der Begehung folgender Delikte beschuldigt:

- a) Aufruf zur Begehung von Straftaten*
- b) Anstiftung bzw. mittelbare Täterschaft bzw. Beihilfe zur gefährlichem Körperverletzung*
- c) Anstiftung bzw. mittelbare Täterschaft bzw. Beihilfe zu schwerem Landfriedensbruch*
- d) Anstiftung bzw. mittelbare Täterschaft bzw. Beihilfe zu versuchtem Mord*
- e) Anstiftung bzw. mittelbare Täterschaft bzw. Beihilfe hinsichtlich aller begangenen Nötigungen und Freiheitsberaubungen.*
- f) Der PDS-Landesvorsitzenden von Berlin, Frau Petra Pau, wird vorgeworfen, als Gewalttäterin auf der „antifaschistischen“ Gegendemonstration in Erscheinung getreten zu sein. Gegen sie wurde ebenfalls Strafanzeige wegen versuchter bzw. vollendeter gefährlicher Körperverletzung, der Vollendung des schweren Landfriedensbruches und des versuchten Mordes gestellt.“*

Die wesentlichen Geschehnisse dürften Ihnen aus den Medien und den Polizeiberichten zugänglich sein. Ich bin bereit, zu den Vorkommnissen auszusagen, empfahl sich Storr in seiner Anzeige der Berliner Staatsanwaltschaft. Diese wurde unter dem Aktenzeichen 74 Js 16/97 erfaßt und verfolgt.

Am selben Tag, da Storr Strafanzeige gegen die drei PDS-Politiker stellte, meldete er sich über das „Nationale Info-Telefon“ zu Wort. Das „NIT“ war für die JN und deren Anhänger bereits im Vorfeld des 15. Februar von Bedeutung. Wer die entsprechende Telefonnummer wählte, erfuhr, daß der Hellersdorfer Aufmarsch verlegt sei, aber auch, daß der Bahnhof Wuhletal

Treffpunkt für „Kameraden“ bleibe. Auch Mitarbeiter von Innensenator Schönbohm hatten das „NIT“ abgehört, wie eine Ausschusssitzung im Berliner Abgeordnetenhaus ergab. Ab 16. Februar konnte also, wer wollte, Storrs Sicht auf das Geschehen abhören:

„Die politische Gewalt in der Bundesrepublik geht überwiegend von links-extremen Gruppen aus. Das haben die Ereignisse vom letzten Wochenende bewiesen... Auf der antifaschistischen Demonstration in Hellersdorf war es mit Billigung der PDS zu gewaltsamen Übergriffen von ca. 300 Antifaschisten auf vermeintliche Rechtsradikale gekommen... Vorausgegangen waren den Gewaltexzessen Kundgebungsreden der Herren Gysi und Klett... Die PDS-Landesvorsitzende von Berlin, Petra Pau, stand dabei in der ersten Reihe der linken Gewalttäter und gab sich dabei gar nicht friedlich.“

Der Storr-Text endete mit den Worten: „Die Sache wird ein Nachspiel haben, und wer zuletzt lacht, lacht am besten, und das werden wir sein.“

Nicht nur der Berliner Kurier bediente die Darstellung des JN-Chefs mit eigenen Beiträgen, indem er am 16. Februar mitteilte: „Rund 200 „Antifaschisten“, darunter die PDS-Landesvorsitzende Petra Pau, nahmen die etwa 70 Jungnazis in Empfang. Sie wurden mit Flaschen und Steinen bombardiert.“ Der sofort geforderten Richtigstellung kam der „Kurier“ nach, indem in einem späteren Artikel beiläufig erwähnt wurde, die PDS-Politikerin habe friedlich demonstriert. Vor allem aber die Berliner CDU argumentierte im Gleichschritt. „Die Hetzjagden der PDS sind menschenverachtend und antidemokratisch“, ließ sich der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Dieter Hapel, zwei Tage vor dem Marzahner Attentat zitieren.

Schönbohms „Berliner Appell“

Falschaussage im parlamentarischen Ausschuß

Berlin, 24. Februar 1997, Abgeordnetenhaus: Die Stimmung ist gereizt bis explosiv. Auf der Tagesordnung des Innenausschusses steht auf Antrag der PDS-Fraktion: „Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs über Polizeieinsatz am 15. Februar 1997 in Hellersdorf“. Innensenator Schönbohm, Polizeipräsident Saberschinsky und der Chef des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, Vermander, nehmen teil. Vorrangige Aufgabe des Ausschusses ist die parlamentarische Begleitung und Kontrolle der Berliner Polizei.

Das Medieninteresse ist groß und die CDU-Fraktion startet mit einer Überraschung. Sie beantragt, eine Zeugin zu den Hellersdorfer Ereignissen anzuhören. Ein unerwarteter und atypischer Vorstoß, denn erstens weiß keine andere Fraktion, ausgenommen vielleicht der Koalitionspartner SPD, von diesem Ansinnen, zweitens ist es gerade die CDU, die sich ansonsten vehement dagegen sperrt, Betroffenen in parlamentarischen Ausschüssen Rederecht zu gewähren. Bündnis 90/Die Grünen und die PDS willigen schließlich ein, nachdem ihnen gleiches Recht zugestanden wird und sie die Abgeordneten Judith Demba und Stefan Liebich als Augenzeugen benennen konnten.

Die CDU-hofierte Zeugin stellt sich vor, schildert ihre Erlebnisse auf dem Bahnsteig Wuhletal, die Ängste, die sie hatte, wie sie anderen half, in Sicherheit zu gelangen, sie bedankt sich bei der Polizei, für deren Einschreiten, und kommt dann auf die PDS zuspochen:

„Wenn man das Ganze hätte unterbinden wollen, dann hätte man von seiten der PDS dazu aufrufen können, diesem ganzen Spuk ein Ende zu machen. Aber man hat sich im Schatten der Polizei, hinter den Polizeiwagen, köstlich amüsiert. Herr Gysi und Herr Klett standen im Schutz der Polizei unterhalb des U-Bahnhofes und haben sich das ganze Treiben angeguckt.“

Hätte sie ihre Aussage beschwören müssen, so wäre dies ein Meineid geworden. Denn Gregor Gysi war an diesem Tag nicht am Bahnhof Wuhletal, sondern längst auf einer öffentlichen Veranstaltung in Marzahn. Für die CDU aber waren die Schilderungen ihrer „Kronzeugin“ mundgerecht. Nicht der Einsatz der Polizei, sondern die PDS wird fortan ihr Thema bleiben. „Die Rote-Socken-Kampagne“ soll offensichtlich fortgesetzt und die „PDS in die gewalttätige Ecke gestellt“ werden, warnte der Abgeordnete Wieland (Bündnis 90/Die Grünen) die CDU erneut vor weiterer „Brunnenvergiftung“.

Die Falschaussage wider die PDS im Innenausschuß sollte nicht die einzige bleiben. Am 7. November 1997 wurde JN-Chef Storr vor dem Lübecker Landgericht vernommen. Was er zu sagen wußte, war weniger als wenig. Nur eines will er genau gesehen haben: „Ich habe beobachtet, wie Frau Pau mit Steinen in der Hand da stand!“ Anwalt Dost ließ Storr vereidigen. Anzeigen wegen Meineids und Verleumdung stehen noch aus. Inzwischen wurden die von Storr ausgelösten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft I beim Landgericht Berlin gegen Gregor Gysi, Uwe Klett und Petra Pau abgeschlossen. Das Verfahren wurde „gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt“. Aus „sachlichen Gründen“, denn der angezeigte Tatverdacht hat sich erwartungsgemäß nicht bestätigt, so Anwalt Dost.

Sicherheitspartnerschaft ausgeschlagen

Die Berliner CDU blieb in der Ausschußsitzung am 24. Februar bei ihrer Linie. „Linke Gewalt steht in Deutschland fast täglich auf der Tagesordnung“, betete CDU-Innensprecher Hapel fast wörtlich nach, was JN-Chef Storr eine Woche zuvor über das NIT vorgegeben hatte. „Menschenverachtende Choten“ hätten Jagd auf „arme fehlgeleitete Jugendliche“ gemacht, meinte Hapel. Polizeipräsident Saberschinsky wies zurück, was sich selbst in Fernsehaufzeichnungen nachprüfen ließ, nämlich daß auf dem Bahnsteig Wuhletal, von den „Ordnungshütern“ ungeahndet, eine Reichskriegsflagge geschwenkt wurde. Innensenator Schönbohm wiederholte, warum er den JN-Marsch nicht verbieten wollte: Es gab „keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür, daß es mit Willen des Veranstalters zu volksverhetzenden oder sonstigen strafbaren Äußerungen kommen werde“. Außerdem begründete der CDU-Politiker, warum er die am 17. Februar 1997 von Bezirksbürgermeister Klett angebotene Sicherheitspartnerschaft und dessen Einladung zu einem „Runden Tisch“ zurückgewiesen habe: „Ich wüßte gar nicht, worüber ich mich mit ihm unterhalten sollte.“ Der Direktor des Landesamtes für Verfassungsschutz, Vermader, unterstrich die Gewaltbereitschaft von „Linksextremisten“. Hapel lobte: „Gott sei Dank haben wir in Berlin dank eines hervorragend arbeitenden Verfassungsschutzes und einer optimal agierenden Polizei im Gegensatz zu anderen Bundesländern relativ geringe Probleme mit dem rechtsradikalen Umfeld.“ Und Innensenator Schönbohm folgerte, „daß die PDS versucht hat, den Aufmarsch (der JN – A. P.) zu instrumentalisieren, um ein antifaschistisches Lager wiederzubeleben, für das es hier in unserer Stadt keine Notwendigkeit gibt“.

Im September 1994 wurde ein „Berliner Appell“ publik, der maßgeblich von einem der führenden Strategen der „Neuen Rechten“, von Rainer Zit-

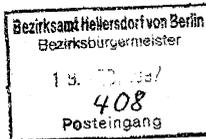
Senatsverwaltung für Inneres

BERLIN

- Der Leiter des Büros -

Senatsverwaltung für Inneres, Fehrbelliner Platz 2, D-1000 Berlin 31

Herrn
Bezirksbürgermeister
von Hellersdorf
Dr. Uwe Klett



19. Februar 1997

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

Zu Ihrer am 25. Februar 1997 geplanten Sitzung des Bezirksamtes Hellersdorf teile ich Ihnen mit, daß weder der Senator für Inneres noch Vertreter der ihm nachgeordneten Behörden an dieser Sitzung teilnehmen werden. Die von Ihnen - auch öffentlich - ausgesprochenen Einladungen sind insoweit gegenstandslos.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Krause".

Krause

telmann initiiert worden war. Zu den 181 Unterzeichnern gehörten namhafte Politiker aus FDP, CDU und CSU, Publizisten und Intellektuelle, wie Hans-Helmut Knütter, auch als „Anti-Antifaschismus Professor“ bekannt (Vgl: „Drahtzieher im braunen Netz“, Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 1996). Seine Thesen zum Thema Antifaschismus gelten als Standardliteratur in der rechten Szene, heißt es im „Drahtzieher“, seine Aussagen sind eindeutig: Ein von der politischen Linken getragener Antifaschismus, der immer auch eine Gesellschaftskritik beinhaltet, habe keine Daseinsberechtigung. Der Antifaschismus sei nur ein „politischer Kampfbegriff“ zur Durchsetzung eigener – totalitärer – Ziele. Knütter war auch mehrfach aus Steuern bezahlter Referent in Bundeswehrführungskreisen. Grundtenor des „Berliner Appells“: Es gäbe keine neofaschistische Bedrohung, der Staat sei resistent gegen jede Art von Faschismus, was auch Innensenator Schönbohm im Innenausschuß mehrfach herausstrich.

Durchblicke beim Verfassungsschutz

Frühwarnsystem: Rache völlig untypisch

Am 15./16. März veröffentlichte die taz unter der Überschrift „Potemkin läßt grüßen“ einen Artikel von Burkhard Schröder. Schröder ist freier Journalist und befaßt sich unter anderem mit dem Rechtsextremismus. Diesmal ging es ihm um die Rolle des Verfassungsschutzes (VS). Schröder schreibt:

„Seitdem es den VS gibt, reiht sich ein Skandal an den anderen. Wozu die Behörde trotz der formal vorhandenen parlamentarischen Kontrolle fähig ist, zeigte sich spätestens 1978: Die Verfassungsschützer sprengten ein Loch in die Mauer der Justizvollzugsanstalt Celle, um eine Gefangenenbefreiung vorzutäuschen... Die Neonazi-Partei „Nationalistische Front“ wurde 1983 mit Geldern aufgebaut, die der Verfassungsschutz dem V-Mann Norbert Schnelle zahlte, der sich nur zum Schein hat anwerben lassen. Ein V-Mann des niedersächsischen Landesamtes, Hans-Dieter Lepzien, baute höchstpersönlich die Bomben, die Neonazis 1977 vor Justizgebäuden plazierten. Der V-Mann Werner Gottwald orderte Maschinenpistolen, Handgranaten und Plastiksprengstoff für die rechte Szene. 1993 bezahlte der VS den V-Mann Michael Wobbe dafür, Sicherheitschef der NF (Nationalistische Front – A. P.) zu sein und in deren Namen Neonazi-Kameradschaften aufzubauen.“ Schröder läßt weitere Beispiele folgen und kommt zu der Frage: „Wie stark wären die Nazis ohne die vom Staat finanzierten Spitzel? Das alles sind keine Ausrutscher, es hat System. Ein V-Mann bekommt mehr Geld, je mehr und je bessere Informationen er liefert. Mehr Informationen bekommt ein Spitzel, wenn er in der Hierarchie der braunen Szene aufsteigt. Ein guter Spitzel ist ein guter Nazi.“

Noch nie habe eine gewalttätige Aktion verhindert werden können, weil der Verfassungsschutz gewarnt habe, meint Schröder weiter: „Der Berliner Verfassungsschutz hatte noch nicht einmal einen blassen Schimmer davon, daß mit Kay Diesner ein potentieller Killer in der Stadt herumlief, obwohl der seit einem halben Jahrzehnt politisch aktiv war.“

Gleichwohl spielte der Berliner Verfassungsschutz auch im Fall Diesner einen Part, sogar einen mehrdeutigen.

Am Nachmittag des 19. Februar, also unmittelbar nach dem Mordanschlag auf Klaus Baltruschat und dem Drohanruf beim PDS-Landesvorstand, protokollierte das LKA Berlin eine Auskunft des Landesamtes für Verfassungsschutz

schutz (LfV): „Gemäß Auskunft des LfV sind zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Racheandrohungen bzw. durchzuführende Racheaktionen von Rechtsextremisten bekanntgeworden, die im Zusammenhang mit dem Ereignis am 15. 02. 97 stehen. Für die rechtsextremistischen Organisationen (JN bzw. NPD) wäre es auch völlig untypisch, in dieser Weise Handlungen anzudrohen oder durchzuführen.“

Laut Anwalt Dost ist dies einer der wenigen Vermerke in den Gerichtsakten, wonach erwogen wurde, im rechtsextremisten Milieu zu ermitteln. Wie wenig fundiert diese Auskunft des LfV war, auf die sich das Landeskriminalamt stützte, liegt auf der Hand. Zum einen gab es seit dem 16. Februar eine klare Drohung vom Berliner-Chef der JN, Storr: „Die Sache wird ein Nachspiel haben...“ Zum zweiten aber steht die Auskunft des LfV, wonach Rachedrohungen oder -aktionen für die JN „völlig untypisch“ seien, im deutlichen Gegensatz zu der Einschätzung, die das selbe LfV noch wenige Monate vorher veröffentlichte.

Neonazis in JN und Kameradschaften

So heißt es in der vom Landesamt für Verfassungsschutz mit Redaktionsschluß Dezember 1996 verbreiteten Broschüre „Durchblicke – RECHTSEXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN IN BERLIN:

„Im Jahr 1996 profitierte die JN allerdings von den Verboten der „Nationalistischen Front“ (NF), der „Wiking-Jugend, volkstreue nordländische Jugendbewegung e. V.“ (WJ) und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). Sie stellen sich jetzt als bedeutendes Sammelbecken der Neonaziszene dar und haben hier in Teilbereichen eine Vordenkerrolle übernommen... Zwar stehen die „Jungen Nationaldemokraten“ hinter Programm und Ideologie ihrer „Mutterpartei“ NPD. In der politischen Praxis gebärdet sich die JN jedoch aggressiver als die „Nationaldemokraten“... Sie sind zur organisatorischen Nahtstelle zwischen Neonazis, NPD und anderen rechtsextremistischen Organisationen geworden.“

Als Beispiel führt der Verfassungsschutz in dieser Einschätzung den JN-Aufmarsch vom 1. Mai 1996 in Marzahn an. Aus Lautsprecherwagen klangen damals Parolen, wie „Hier marschiert der deutsche Widerstand!“ und „Ausländer raus!“

Auch JN-Chef Storr ist im 96er Bericht eine kurze Notiz gewidmet. Er pflegt, so das LfV, eine Doppelmitgliedschaft in der JN und in der „Kameradschaft Marzahn“.

Die „Kameradschaften“ werden in der selben Dokumentation so charakterisiert: „Im Gegensatz zu organisierten Neonazis und anderen Rechtsex-

tremisten, die sich – schon auf Grund ihrer Vereins- bzw. Parteistruktur – gezwungen sehen, mehr oder weniger regelmäßig erscheinende Publikationen zu produzieren (anhand derer ihre Verfassungsfeindlichkeit belegt werden kann), veröffentlichen die „Unabhängigen“ in der Regel nur Flugblätter. An der neonazistischen Ausrichtung der Kameradschaften besteht kein Zweifel.“

Als Anführer der Kameradschaft Marzahn wird Andreas Storr ausgewiesen. Die Berliner Kameradschaften, schließt der zeitweise Durchblick des LfV, „nehmen die Rolle der verbotenen neonazistischen Organisationen ein.“

Der Verfassungsschutz umschreibt seine Daseinsberechtigung gern damit, „Frühwarnsystem“ und als „Politikberater“ wichtig zu sein. Bei Innensenator Schönbohm führte das zu besagtem Schluß, es habe im Vorfeld des in Hellersdorf geplanten JN-Aufmarsches „keine hinreichenden Ansatzpunkte dafür“ gegeben, „daß es mit Willen des Veranstalters (Storr – A. P.) zu volksverhetzenden oder sonstigen strafbaren Handlungen kommen werde.“

Der Berliner Verfassungsschutz sollte im „Fall Diesner“ noch einmal seine „Kompetenz“ beweisen und Berliner Politikern zur Hand gehen, doch dazu später.

Vor dem Lübecker Landgericht gab Storr am 7. November 1997 den biederen Bankangestellten, der seine Freizeit „mit Jugendarbeit“ verbringt. Über das NIT habe er nach den Hellersdorfer Ereignissen „zur Besonnenheit aufgerufen“, sagte er. Die Kameraden, mit denen er auf dem Bahnhof Wuhletal war, kenne er ebenso wenig, wie jene, mit denen er sich anschließend im „Ottomar-Geschke-Club“ in Weißensee zusammenrottete. „Es waren alles neue Leute“, erzählte Storr dem Gericht. Den angeklagten Diesner, der gemeinsam mit seinem „besten Kameraden“, Andreas T., am 1. Mai 1996 unter Storrs Führung in Marzahn aufmarschierte, wollte der JN-Chef natürlich auch noch nie gesehen haben.

Streit über Berliner Ermittlungen

Diesner „nicht dringend tatverdächtig“

„Gibt es Versäumnisse bei der Berliner Polizei?“, titelte der Tagesspiegel am 16. August 1997 mit der Unterzeile: „Neonazi Diesner geriet erst spät in den Blick der Ermittler / Mögliche Ermittlungsspannen im Mittelpunkt des Polizistenmörderprozesses“. Auch die taz und das ND griffen den Skandal auf, der sich nach dem zweiten Verhandlungstag vor dem Lübecker Landgericht abzeichnete. Die Berliner PDS hatte bereits auf einer Pressekonferenz am 6. August befürchtet, das Landeskriminalamt habe das Naheliegende unterlassen, nämlich den Attentäter von Marzahn im rechtsextremen Milieu zu suchen. Anwalt Dost spricht von „auffallender Konzeptionslosigkeit“. So hätten die Berliner Ermittler offenbar weder die übliche „Täterversion“ erstellt, noch daraus ein „Täterprofil“ abgeleitet.

Eilends bat der Sender Freies Berlin nach der PDS-Pressekonferenz den Polizeipräsidenten vor die „Abendschau“-Kamera. Vielleicht hatte auch der Polizeipräsident um Amtshilfe gebeten. Jedenfalls wies Saberschinsky die Vorwürfe als „zynisch“ zurück und gab kund:

„Gerade in diesem vorliegenden Fall war es nach erstem Anschein relativ naheliegend, daß eine rechtsextremistische Gruppierung oder rechtsextremistisch orientierte Person hinter der Angelegenheit stecken könnte. Wir haben in den ersten Tagen bereits 500 Personen befragt und vernommen, haben eine Liste runtergefiltert auf 27 Personen, und an fünfter Stelle auf dieser Liste stand dann letztlich der als Angeklagter nunmehr vor Gericht stehende Diesner.“

Das im „Spotless“-Verlag herausgegebene Buch „SCHÜSSE IN MARZAHN“ stützt die Version des Polizeipräsidenten, im Prinzip. Dort heißt es:

„Nach erst Tagen später gemachten Auskünften hatte der Berliner Staatsschutz den Täter auf einer Liste von rund 20 Neofaschisten, die... überprüft wurden. An einer Wohnung in der Blenheimstraße – einen guten Steinwurf vom Tatort entfernt – sucht man nach einem Kay Diesner, klingelt an der Wohnungstür – möglicherweise hat man auch geklopft und das übliche „Aufmachen! Polizei!“ gerufen, aber es tut sich nichts. Was daraufhin geschieht, ist bis zur Stunde nicht bekannt. Fest steht nur, daß man keine Fahndung auslöst. Dabei sind auf dem Zettel sowohl der Typ des Autos vermerkt, den der Industriemechaniker Diesner fährt – Mazda – als auch die beiden Nummern, die er benutzte: B-EX 8699 und ST-MM 351.“

Autor von „SCHÜSSE IN MARZAHN“ stützt sich bei der „Ermittlungspanne“, die er vermutet, auf eine Bestätigung, die ihm Innensenator Schönbohm auf einer Podiumsdiskussion der Hellersdorfer CDU gab. Was die Annahme jedoch nicht unbedingt glaubwürdiger macht. Die „nach erst Tagen später gemachten Auskünfte“ sind jene Presseerklärungen des LKA vom 25. Februar 1997, in denen es rückblickend heißt:

„Neben anderen in Marzahn ansässigen Personen des rechtsextremistischen Spektrums war auch Diesner bereits in den Blickpunkt der polizeilichen Ermittlungen geraten. Sein Verbleib konnte jedoch seit dem 14. 2. 97 nicht geklärt werden.“

Wieso, bleibt zu fragen, „seit dem 14. 2.“? Und warum konnte „sein Verbleib nicht geklärt werden“? Vor allem aber, wie konnte die Berliner Polizei vor dem 23. Februar einen „Zettel“ haben, auf dem beide Autonummern, wie im Buch beschrieben, vermerkt waren, also auch ST-MM 351? Dieses Kennzeichen hatte Diesner erst auf seiner Flucht durch Schleswig-Holstein angebracht, es wurde ihm am 23. Februar zum „Verhängnis“, als der Polizeistreife Kussauer/Grage auf dem Rastplatz Roseburg die eigenartigen Bohrungen an dem Nummernschild auffielen. Zwischen dem 19. und 23. Februar wußte niemand, was Diesner und die Autonummer ST-MM 351 verband, ausgenommen der Attentäter selbst, möglicherweise auch noch Mitäter oder Mitwisser, jedoch keinesfalls der Berliner Staatsschutz.

Am 15. August 1997, auf den sich der Bericht im Tagesspiegel über „Versäumnisse bei der Berliner Polizei?“ bezieht, wurde Kriminaloberkommissar Curth in den Zeugenstand des Lübecker Landgerichts gebeten. KOK Curth stand der SoKo Alt-Marzahn vor und führte die Berliner Ermittlungen nach eigenen Aussagen zu Ende. Auf Nachfragen von Nebenklageanwalt Dost kam es zu folgendem Dialog:

Dost: „Wann war Diesner ins Blickfeld der Ermittlungen gerückt?“

Curth: „Als die Meldung aus Schleswig-Holstein kam, nach der Festnahme Diesners“.

Dost: „Waren die Zusammenhänge mit der Demonstration in Hellersdorf Gegenstand der Ermittlungen?“

Curth: „Ja sicher, im nachhinein.“

Dost: „Gegen wen hat die Demo stattgefunden?“

Curth: „Gegen die rechte Szene.“

Dost: „Wer konkret hatte den Aufmarsch der Rechten angemeldet?“

Curth: „Das ist mir nicht bekannt.“

Dost: „War das vielleicht die JN, waren das die Jungen Nationaldemokraten?“

Curth: „Ja, richtig.“

Dost: „Was ist Ihnen zur JN bekannt?“

Curth: „Daß Diesner dort involviert ist... Näheres kann ich zur JN nicht sagen.“

Ob Diesner wirklich in der JN „involviert“ ist, wie KOK Curth meinte, ist eher unwahrscheinlich. Eindeutig hingegen sind die Aussagen des Berliner Chef-Ermittlers, wonach Diesner erst nach seiner Festnahme am 23. Februar ins Blickfeld der Berliner Polizei rückte.

Gewaltig, aber unbekannt

Nun war wieder Innensenator Schönbohm gefragt. CDU und SPD versuchten, das Thema von der Tagesordnung zu verbannen, letztlich rang sich der Innensenator aber doch zu einem kurzen Statement durch: Herr Curth könne nicht alles wissen, was die Berliner Polizei tue. Es wurde ermittelt, wie von Polizeipräsident Saberschinsky geschildert, stellte Schönbohm im Innenausschuß des Abgeordnetenhauses klar und fügte hinzu: daß Diesner auf Rang fünf der Ermittlungsliste plazierte war, bedeutet „nicht, daß er auch zu den fünf Personen gehörte, die durch bewaffnete Gewalt bekannt waren“.

Diesner war keinesfalls ein unbeschriebenes Blatt, ehe er im Februar zum Mörder wurde. 1996 wurde er in Berlin zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Anklage: „Bildung eines bewaffneten Haufens“, gemeinsam mit 18 polizeibekanntem Neonazis. 1994 wurde er „wegen Widerstands gegen die Polizei“ belangt, und bereits 1991 machte Diesner mit dem Gericht Bekanntschaft. Damals hatte er auf dem Bahnhof Lichtenberg eine junge Frau mit einer Machete „bearbeitet“. Diesner wurde auferlegt, einen Erste-Hilfe-Kurs zu absolvieren.

Die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wollte definitive, nachvollziehbare Antworten über die Ermittlungen bzw. Unterlassungen der Berliner Polizei. Aus den Fragen der PDS vom 10. September 1997 und den Antworten des Innensensors vom 30. Oktober ergibt sich folgender Schriftwechsel:

Abgeordnete Karin Hopfmann (PDS):

Wie erklären Sie sich den offensichtlichen Widerspruch in den Aussagen von KOK Curth einerseits und den Darstellungen von Polizeipräsident Saberschinsky andererseits?

Innensenator Schönbohm (CDU):

Die Zeugenaussagen des Kriminaloberkommissars vor dem Lübecker Landgericht und die Darstellung von Polizeipräsident Saberschinsky gegenüber

der SFB-Abendschau vom 6. August 1997 stehen in keinem Widerspruch zueinander. Vor dem Lübecker Landgericht hat Kriminaloberkommissar Curth auf eine Frage des Nebenklagevertreters zutreffend angegeben, daß gegen Diesner erst nach Bekanntwerden des Tötungsdeliktes in Schleswig-Holstein konkret ermittelt wurde.

Diese Angabe bezog sich darauf, daß Diesner von diesem Zeitpunkt an als „dringend tatverdächtig“ im Sinne der Strafprozeßordnung anzusehen war. Zuvor gehörte Diesner nach umfangreichen Ermittlungen der eingesetzten Sonderkommission zu einer Gruppe von 27 Personen, auf die sich die Ermittlungen konzentrierten, ohne daß diese Personen bereits als „dringend tatverdächtig“ anzusehen waren.

Abgeordnete Karin Hopfmann (PDS):

Wenn Ihrer Meinung nach die oben zitierten Darstellungen von Polizeipräsident Saberschinsky zutreffend sind, durch welche Protokolle (bitte beifügen) über Ermittlungen der Berliner Polizei zwischen dem 19. und 23. Februar 1997 sind diese zu belegen?

Innensenator Schönbohm (CDU):

Die Liste der 27 Personen, auf der Kay Diesner an fünfter Stelle steht, wurde am 21. Februar 1997 von einem Beamten der Sonderkommission gefertigt. Es handelt sich hierbei um ein internes Arbeitspapier, das der Vorbereitung weiterer Ermittlungen diente und das keinesfalls im Sinne einer „Rangliste“ der möglichen Tatverdächtigen zu werten ist. Von einer Beifügung der Liste sehe ich aus datenschutzrechtlichen Gründen ab.

Abgeordnete Karin Hopfmann (PDS):

Hat es seitens der Berliner Polizei zwischen dem 19. und 23. Februar 1997 Anfragen beim Landesamt für Verfassungsschutz

- a) zu tatverdächtigen rechtsextremistischen Gruppierungen,
- b) zu tatverdächtigen rechtsextremistisch orientierten Personen
- c) zu Kay Diesner

gegeben und wenn ja, welche Auskünfte hat das Landesamt für Verfassungsschutz zwischen dem 19. und 23. Februar 1997 auf diese Fragen erteilt?

Innensenator Schönbohm (CDU):

- a) Ja, ohne Ergebnis
- b) Ja, Hinweis konnte nicht konkretisiert werden
- c) Nein.

Abgeordnete Karin Hopfmann (PDS):

Lagen der Berliner Polizei zwischen dem 19. und 23. Februar 1997 konkrete Hinweise darüber vor und wodurch ist die Berliner Polizei eventuellen Hinweisen nachgegangen, daß rechtsextremistische Gruppierungen oder rechtsextremistisch orientierte Personen im Zusammenhang mit den Demonstrationsereignissen vom 15. Februar 1997 in Berlin Hellersdorf Vergeltungsaktionen gegen die PDS planten bzw. angedroht haben?

Innensenator Schönbohm (CDU):

Der Berliner Polizei lag ein Hinweis vor, der jedoch nicht fahndungsrelevant konkretisiert werden konnte.

Abgeordnete Karin Hopfmann (PDS):

Hat die Berliner Polizei zwischen dem 19. und 23. Februar 1997 gegen die Jugendorganisation der NPD, die JN, bzw. gegen Funktionäre dieser rechtsextremistischen Gruppierung ermittelt und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Innensenator Schönbohm (CDU):

Durch die Berliner Polizei sind im Zuge der Ermittlungen umfangreiche Gespräche mit „Personen der rechten Szene“, so auch mit dem Landesorganisationsleiter der JN geführt worden.

Abgeordnete Karin Hopfmann (PDS):

Lagen der Berliner Polizei zwischen dem 19. und 23. Februar 1997 Erkenntnisse darüber vor; welche rechtsextremistischen Gruppierungen oder rechtsextremistisch orientierten Personen im Umfeld des Marzahner Tatorates ihren Wohn- bzw. Organisationssitz haben und wenn ja, welche?

Innensenator Schönbohm (CDU):

Die Auflistung der 27 Personen enthielt das Kriterium „Wohnsitz in der Nähe Marzahner Promenade“. Diese Liste erhebt allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da die Polizei keine Kartei oder Datei mit allen Personen rechtsextremistischer Orientierung führt.

Mithin: Die Aussage des Innensenators steht, Beweise für entsprechende Ermittlungen blieb der CDU-Politiker schuldig.

Mörderischer Germanenkult

Diesners Kampfgefährten, einst und jetzt

„Ich bin kein Bekloppter, Götter gibt es wirklich“, ereifert sich Diesner. „Tu es, tu es, tu es“, haben ihm Odin und Thor am 19. Februar befohlen. „Eiskalt“ sei er der Stimme gefolgt, „weil ich das als Befehl meiner Götter ansah“. Es war wie eine Vision, „alles Böse, was ich hasse, habe ich auf den Mann übertragen. Ich dachte, ich bin das Gute, und er ist das Böse, der Drache, in den ich das Schwert bohre“. Worte, mit denen Diesner Gefühle schildert, die ihn beherrscht hätten, ehe er auf Klaus Baltruschat schoß. „Tu es, tu es, tu es“, habe er auch auf dem Rastplatz Roseburg gedacht, schließlich sei er nicht zum Spaß hier.

Diesner, bestätigte der psychologische Gutachter, ist „kein Bekloppter“, sondern durchschnittlich bis überdurchschnittlich intelligent. „Kein tumber Neonazi“, befand auch Oberstaatsanwalt Möller.

Vor dem Lübecker Landgericht hat Diesner den Einfluß „seiner Götter“ und seine Mordabsicht relativiert: Vor der Polizei habe er „auf bescheuert gemacht.“ Er sei „germanischer Heide“, habe aber „keine Stimmen, die mir Befehle geben“, vernommen. Ein „eiskalter Killer“ sei er auch nicht. Die Anklage der Staatsanwaltschaft wäre „Lüge und Schwachsinn“. Er habe Klaus Baltruschat nicht töten, sondern ihm lediglich einen „Denkzettel verpassen“ wollen. Einen Denkzettel, über den der „Bolschewist“ dann berichten kann. Anderenfalls „hätte ich ihn ja mit einem Messer bearbeiten können“, sagt der Angeklagte am 8. August 1997 aus.

Am siebten Verhandlungstag führte Pflichtverteidiger Schüller einen „Abschiedsbrief“ in die Beweisaufnahme ein, den Diesner 1996 seiner Mutter schrieb und bei Andreas T., für den „Fall der Fälle“, hinterlegte. In dem Brief heißt es unter anderem:

„Schon aus der Ost-Zeit hatte ich einen Haß auf die Polizei. Der letzte Tropfen, was das Faß voll gemacht hatte, war die Verhaftung von Andy (Andreas T. – A. P.) und der Krieg gegen unsere Rasse. Ich sah keinen anderen Ausweg, als diesen Drecksstaat zu bekämpfen. Ich bin der Meinung, daß mein ganzes Leben nur darauf ausgerichtet war, als Märtyrer zu sterben... Das Einzige, was mir außer Dir noch Halt im Leben gegeben hat, war mein Glauben zu den Göttern unserer Ahnen. Dadurch weiß ich, daß ich nicht sterbe, sondern nach Wahallah zu Odin und Thor komme und dort ewig lebe und meinen wirklichen Platz gefunden habe. Aber um diese Ehre zu erhalten, muß ich kämpfen. Ich gehe jetzt diesen Weg.“

Germanisches Brauchtum und Gottheiten, wie Odin und Thor, gehören zum Ritual zahlreicher Neonazi-Gruppen. Der „Thorshammer“ wird als Kette getragen oder tätowiert. Bücher, wie „Die Stimmen der Ahnen“, werden von einschlägigen Verlagen zur „Selbstbesinnung und Rückfindung zur eigenen Art“, als „Anstoß für die deutsche Jugend zur geistigen Befreiung von orientalischesemitischer Religionen, welche uns in artfremden Bann halten“, feilgeboten.

Deutsches Reinheitsgebot

Der Umgang mit „Artfremden“ kennt vielfältige Fragen und Antworten. CSU-Politiker Stoiber verwahrt sich gegen eine drohende „Durchrassung“ des deutschen Volkes. Innensenator Schönbohm (CDU) legte seine Gedanken zum Thema im Heft 1/1997 der „Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik“ dar. Auch er warnt vor „staatlich geförderter Fremdkörperbildung“. Es müsse „klargestellt bleiben, daß die deutsche Lebenswelt und Kultur Vorrang hat. Das schließt nicht aus, daß neue Einflüsse Aufnahme finden. Doch die Identität der Bundesrepublik als Nationalstaat der Deutschen darf nicht zur Disposition stehen“, findet Berlins Innensenator. Wiederhall in der sogenannten Mitte der Gesellschaft dürfte ihm nicht versagt bleiben.

Diesner pflegt sich ähnlich, allerdings zumeist grobschlächtiger auszudrücken. Die „kulturelle Identität der Nordvölker ist durch den Zuzug von Fremdvölkern bedroht“, sagt er. In einem Brief aus der Untersuchungshaft schrieb er: „Wir Deutsche sind klüger als andere sogenannte Menschen in Asien, Afrika, Amerika und Australien. Wir haben ein gesundes Volksempfinden gegenüber unseren Blutsverwandten und sind nicht gewalttätig zu Menschen, die nicht unsere Feinde sind. Wir Deutschen bringen auch keine Nachkommen zur Welt, die die Farbe von Scheiße oder Urin haben...“

Diesners germanisch-nordische Rassen-Reinheitslehre fand 1990/91 „Grund und Boden“, da er sich der „Nationalen Alternative“ (NA) anschloß. Die NA entwickelte sich schnell zum Sammelbecken rechtsgerichteter Jugendlicher, ihr „Hauptquartier“, ein besetztes Haus in der Lichtenberger Weitlingstraße, zum gefragten Treff für gestandene Neonazis aus dem In- und Ausland. Die NA hatte in der „Bewegung 30. Januar“ einen Vorläufer aus DDR-Zeiten. Übrigens war auch Diesner seit 1988 aus der rechten DDR-Szene bekannt, jedenfalls hatte das MfS eine entsprechende Karteikarte angelegt, und er selbst beschreibt sich als „Hooligan“-Anhang des BFC Dynamo Berlin. Noch 1989 floh der damals 17-jährige via Prag in die BRD. Im Aufnahmelaager versuchten ihn „Republikaner“ zu rekrutieren. Nach Berlin

zurückgekehrt, fand er bei der NA eine neue politische Heimat. Die am 1. Februar gegründete NA versuchte 1990, wenn auch mit wenig Zuspruch, an den Volkskammer- und Kommunalwahlen teilzunehmen. „Gegen Arbeitslosigkeit, Terrormieten und Überfremdung“, warben NA-Plakate um Stimmen.

Biertisch-NSDAP

Die „Neue Front“, nach eigener Darstellung eine „Gemeinschaft von überzeugten Nationalsozialisten, die die Überwindung des NS-Verbots und die Neugründung der NSDAP als legale Partei anstrebt“, verkündete im April 1990 stolz:

„Auch in der Reichshauptstadt Berlin gewann das Wahlbündnis zur kommenden Bundestagswahl NEUBEGINN neue Kräfte für sich: Im März 1990 schlossen sich die Berliner Gliederungen von DEUTSCHE ALTERNATIVE, WOTANS VOLK und NATIONALE ALTERNATIVE zu einem Berliner Block zusammen.“

Bundesvorsitzender der DEUTSCHEN ALTERNATIVE war Frank Hübner, Berliner Landesvorsitzender Arnulf Wienfried Priem. Diesner, der zur NATIONALEN ALTERNATIVE stieß, wurde unter anderem durch Neonazis wie Frank Lutz, Heiko Baumert, André Riechert, Bendix Wendt, Oliver Schweigert und Ingo Hasselbach, der 1992 aus der Nazi-Szene ausstieg, geführt und geformt. WOTANS VOLK war 1987 als Jugendgruppe des Asgard-Bundes und damit Bestandteil der NSDAP/AO wiederum von jenem Arnulf Wienfried Priem gegründet, der 1968 von der BRD „als politischer Häftling aus dreijähriger DDR-Haft freigekauft“ wurde, „die er wegen rechtsextremistischer Betätigung, Kindesmißbrauch und Körperverletzung erhalten hatte (Zitat aus: „Handbuch deutscher Rechtsextremismus“, ELEFANTEN PRESS, 1996). WOTAN, auch Wodan oder altnordisch Odin, gilt als Gott des Kampfes, seine Königshalle – Wallhal – ist in der nordischen Mythologie der Aufenthaltsort für jene, die in der Schlacht gefallen sind.

Vor dem Lübecker Landgericht wird Diesner zu seiner NA-Zeit befragt. „Eine Säufer- und Jungquatscher-Partei“, in der er „Mitläufer“ gewesen sei, als er „noch doof war“. Man habe sich zum Biertrinken getroffen, unregelmäßig. Wie oft, wollte Richter Vilmar wissen? „Immer wenn ich Geld hatte, schließlich mußten wir das Bier bezahlen“, trotzte Diesner zurück.

Insider wissen anderes zu berichten. Diesner galt als „relativ verschlossen, aber zuverlässig“, als „typischer Soldat“. Er wurde in das interne Schulungsprogramm aufgenommen und habe sich als „außerordentlich gelehrig“ erwiesen. Diesner gehörte schließlich zum „Kader“, als sich aus der NA heraus die illegale SRN (Sozial Revolutionäre Nationalisten) herausbilde-



Auch die Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG) half nach der „Wende“, Kader einer neuen Nazi-Generation zu schulen.

te. Zum Lehrstoff, der über die Jahre hinweg gepaukt wurde, gehörten Wehrsportübungen, Theorie und Strategie des Nationalsozialismus, sowie die „nordischen Gottheiten“. Als Lehrmeister in Sachen „Odin und Thor“ fungierte vor allem Arnulf Wienfried Priem.

Das erste, was Diesner übrigens, kaum inhaftiert, vermißte und bei der Staatsanwaltschaft einklagte, war sein Thorshammer. „Mörderischer Germanenkult“, überschrieb die Berliner Zeitung einen Beitrag zu Prozeßbeginn.

Diesner ist seinen „Weg gegangen“, er wurde zum „verabscheuungswürdigen Richter über Leben und Tod anderer“, heißt es in der Urteilsbegründung. Als Märtyrer nach Walhalla kam er nicht. Gleichwohl bekommt der Neonazi aus ganz Europa Post, „Solidaritätspost“, wie Richter Vilmar anmerkte. Diesner fühlt sich und gilt in seinen Kreisen als „politischer Gefangener der Besatzungsmacht BRD“.

Die HNG, Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V., hat die Betreuung übernommen und wirbt, wie den HNG-Nachrichten zu entnehmen ist, seit August 1997 um Briefkontakte für Diesner. Die Vermittlung Diesners zur HNG hatte Andreas T. übernommen. Die 1979 gegründete HNG versteht sich als Sammelbecken verschiedener rechtsradikaler Gruppierungen und als „Bindeglied zwischen gefangenen Patrioten und Volksgenossinnen und Volksgenossen“. Mitglieder der HNG sind führende Köpfe des neofaschistischen Spektrum. Die HNG ist eine Sammlungsorganisation, in der alte Alt und Neonazi bundesweit und darüber hinaus zusammenarbeiten und Aktivitäten koordinieren.

Anti-Antifa

Spähdienste und Bombenbauer

Diesner trat als „Einzeltäter“ an und sollte es nach Lage der Ermittlungen auch bleiben. Oberstaatsanwalt Möller spricht in seinem Plädoyer doppeldeutig von einer „Ein-Mann-Terrortruppe“. Der Angeklagte betont immer wieder, er sei nirgendwo organisiert oder eingebunden: „Ich bin autonom!“

Scheinbar gelangweilt, aber stets konzentriert, verfolgt Diesner den Prozeß, gelegentlich übernimmt er seine Verteidigung selbst. Ab und an braust er auf, heißt den Anwalt einen „Bastard“ oder die anwesenden Medien „Lügenpresse“. In der Hauptsache aber verspricht er sich selten. Nur wenn es um Waffen und Munition geht, sprudeln Detailkenntnisse aus ihm heraus, die er nach eigenen Aussagen gar nicht haben dürfte, da er nie an Waffen ausgebildet worden sei.

Mit anderen stadtbekanntem Neonazis habe er nichts zu tun, alten Kameraden, wie dem Aussteiger Ingo Hasselbach oder seinem einstigen Lehrmeister Priem, habe er längst abgeschworen. Ich bin ich, suggeriert Diesner, mit meinem Haß allein und unverstanden.

Weitgehend ruhig blieb es vor und während des Lübecker Strafprozesses im braunen Zeitungswald. Kaum Nachrichten über Diesner, selbst im Internet war der Berliner Neonazi kein rechtes Thema. „Diesner allein auf der Welt“, hat es den Anschein, ein Einzeltäter, den niemand kennt, ein unbeschriebenes Blatt?

Die „Freie Stimme“, ein aktives Organ bei der Vorbereitung der alljährlichen Rudolf-Heß-Märsche in- und ausländischer Neonazis, durchbrach die Mauer des Schweigens. „Kay Diesner – Kriegsgefangener des Systems“, ist ein Artikel in der Ausgabe 2/97 überschrieben. Er soll dem „verlogenen Schmutz“ der Medien „ein paar ehrliche Worte entgegensetzen“, heißt es in der Einleitung des folgend dokumentierten Beitrags:

„Wer ist Kay Diesner? Geboren wurde er am 24. 6. 1972 in der damals von den Siegern des bis heute noch nicht mit einem Friedensvertrag juristisch beendeten Zweiten Weltkrieges geteilten Reichshauptstadt Berlin...

Schon als Jugendlicher stieß er zu unserer Weltanschauung und fing an, sich politisch zu betätigen. Tatkräftig half er mit, in der Weitlingstraße das bekannt gewordene „besetzte“ Haus für die damals Ostberliner Partei „Nationale Alternative“ herzurichten. In seinem Einsatz und Arbeits-

eifer war er überall dabei, wo Männer und Kämpfer benötigt wurden... Durch sein harmloses jugendliches Aussehen eignete er sich aber auch für konspirative Einsätze. Für die Anti-Antifa-Arbeit Berlin war er in der Aufklärung tätig, in dem er z. B. in Zeckenläden einschlägige Literatur beschaffte oder sich um Feindadressen bemühte.

Als er im Rahmen eines konspirativen Einsatzes am 1. Wonnemond 105 (1. Mai 1994 – A. P.) bei der Chaotendemo in Kreuzberg als Linker verkleidet mitmarschierte, wurde er von den Systembütteln wegen Vermummung vermöbelt und später auch noch wegen Widerstand und Körperverletzung verurteilt.

Obwohl er am 13. Ernting 105 (13. August 1994 – A. P.) wie die meisten anderen auch nur rein zufällig den ehemaligen Kameraden Priem aufgesucht hatte, erklärte er sich wieder sofort bereit, zu dessen Schutz vor angekündigten linken Gewalttätern auf dem Dach Ausschau zu halten. Für seinen eigenen Schutz trug er ein Klappmesser und einen keulenartigen Schläger bei sich. Bei der Erstürmung des Daches ohne jeden Grund durch die Systempolizei, wurde unser Kamerad Diesner – wie schon so oft zuvor – von der („Staatsschutz“) -Polizei mißhandelt. Später wurde er mit vielen anderen bei Priem anwesend gewesenen Kameraden unschuldig wegen „Anschluß an einen bewaffneten Haufen“ zu einer Geldstrafe verurteilt...

Als am 15. Hornung 108 (15. Februar 1997 – A. P.) in Ostberlin 350 von PDS-Kommunisten aufgehetzte linke Straßenterroristen eine Menschenhatz auf 30 nationale Aktivisten und unbeteiligte Bürger anlässlich einer angemeldeten und nicht verbotenen nationalen Demonstration veranstalteten, klinkte unser Kamerad offenbar aus. Er schnappte sich eine Selbstladeschrotflinte (welche man heutzutage in Berlin schon fast zum Selbstschutz braucht hinsichtlich der steigenden Gewaltkriminalität) und marschierte damit einige Tage später in ein benachbartes Kommunistengebäude, in dem auch Gregor Gysi sein Büro hat. Jedoch traf er dort nur einen alten kommunistischen Buchhändler namens Baltruschat und schoß ihm die linke Hand, sowie einen Finger der anderen Hand ab...

Als eine Polizeistreife ihn routinemäßig kontrollierte, wollte er natürlich nicht wegen eines Kommunisten für Jahre in den Knast gesteckt werden und holte seine Flinte heraus. Ein Polizist aber wollte „Rambo“ spielen und schoß auf ihn. Das ließ sich Kamerad Kay nicht gefallen und verpaßte ihm ein Flintenlaufgeschoß, was dieser nicht überlebte, und verletzte den anderen dann auch noch...

Daß ein deutscher Familienvater tot ist, bedauern wir. Wer sich aber als

Polizist in den Dienst eines Staates stellt... kannte das Risiko...

Wir sind Revolutionäre. Und das System führt Krieg gegen uns, um unsere gewaltlose politische Agitation zu verhindern... Als Kamerad Diesner den Polizisten in der Routinekontrolle gegenüber stand, befand er sich eindeutig in einer Notwehrsituation, um seine Gefangennahme zu verhindern...

Kamerad Diesner hatte die Kriegserklärung unserer Feinde an- und den bewaffneten Kampf aufgenommen..."

Herausgeber der „Freien Stimme“ ist die „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF), die in und von Nordrhein-Westfalen aus agiert. Der nur wenig gekürzte Artikel ist daher mehrfach aufschlußreich. Vor allem aber: Wie kommt es, daß man im fernen Sauerland sehr detailliert die Nazi-Karriere eines Berliners umreißen kann, die es angeblich nicht gibt und den vermeintlich kaum jemand kennt?

Richtig ist: Kay Diesner wurde Anfang der 90er Jahre beauftragt, Anti-Antifa-Arbeit zu leisten, also Adressen, Telefon- oder Autonummern sowie Gewohnheiten mißliebiger Personen oder Organisationen auszuspähen, diese aufzulisten und weiterzuleiten. Als Anti-Antifa-Zentrale fungierte seinerzeit der Hamburger Nazi-Führer Christian Worch. Die „Sauerländer-Aktionsfront“ rühmt sich übrigens, daß Christian Worch Autor der „Freien Stimme“ ist.

Altes Feindbild: Alt-Marzahn 64

Seinen Anti-Antifa-Eifer teilte Diesner damals unter anderem mit Oliver Werner. Ingo Hasselbach beschreibt Oliver Werner in seinem Austeigerbuch „Die Bedrohung“ (Aufbau-Verlag) als brutalen und vom Nazigeist zerfressenen Fanatiker. Oliver Werners Nazi-Karriere wiederum ist eng mit dem Berliner Oliver Schweigert verknüpft, ebenfalls ein Anti-Antifa-Vorkämpfer. Beide kreuzten auch später noch Diesners Wege, selbst vor Gericht. Auch Andreas Storr kennt beide. „Natürlich gehören sie nicht zu meinem Bekanntenkreis“, antwortete Storr, Chef der Berliner JN und Mitglied der Kameradschaft Marzahn, vor dem Lübecker Landgericht. Aber hin und wieder sehe man sich halt. Oliver Schweigert wurde bis in die jüngste Zeit mehrfach wegen Volksverhetzung, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole oder Körperverletzung verurteilt. Bei einer Hausdurchsuchung im Herbst 1994 fanden sich bei Oliver Werner – Diesners Anti-Antifa-Partner – Bombenrohlinge und in seinem Rucksack Bauanleitungen für Sprengsätze.

Mit der Aktivierung der Anti-Antifa-Arbeit im Raum Berlin begann eine systematische Erfassung, keinesfalls nur sogenannter Linker, sondern aller,

die dem deutschnationalistischen Geist entgegenstanden oder, nach Meinung der Anti-Antifa, ihm zuwiderhandelten: Journalisten, Anwälte, Kulturschaffende, Politiker, Kirchenleute. Auch von Senatsdienststellen, die mit Ausländerinnen und Ausländern zu tun haben, wurden Angaben gesammelt. Keine Frage, daß die von der Berliner CDU gestellte Ausländerbeauftragung im Visier der Anti-Antifa ist. Auf den „Abschußlisten“ von Diesner & Kameraden fanden sich „natürlich“ auch alle Geschäftstellen der Berliner PDS, also auch die Adresse Alt-Marzahn 64.

Diesners letzte nachweisbare Anti-Antifa-Spur stammt aus dem Jahre 1996. Damals erkundigte er sich nach Gebäude- und Grundrißplänen vom Amtsgericht Tiergarten und nach Tagesgewohnheiten eines Staatsanwaltes, der in der Berliner Nazi-Szene im schlechten Ruf steht. Dies bezeugte eine ehemalige Freundin Diesners vor dem Lübecker Landgericht. Auslöser für Diesner aktuellen Zorn war damals eine Hausdurchsuchung bei seinem Kameraden Andreas T.!

Richter Vilmar faßte vieles von dem, was vom Gericht noch weniger nachvollzogen werden konnte, als hier angedeutet, in die Sätze: „Diesner ist alleiniges Subjekt dieser Verhandlung“. Aber er ist „seinen vom rechtsradikalen Gedankengut geprägten Weg in den Haß nicht allein gegangen.“

*Flugblatt vom Sommer 1997.
Bei einer Razzia der Polizei im
Dezember 1997 wurde offenbar,
daß aus der Kameradschaft
Treprow heraus ein Bombenanschlag
auf ein PDS-Mitglied
vorbereitet war.*



Werwölfe und Zeitbomben

Terroristen zwischen NSDAP, IRA und RAF

„Wie ist Kay Diesner einzustufen“, fragt der Tagesspiegel in seiner Ausgabe vom 1. November 1997: Als Einzeltäter, als Psychopath, der mit einer Schrotflinte Amok läuft, oder als rechtsextremer Terrorist, der Anschläge verübt?“ Der Autor – Frank Jansen – kommt zu dem Schluß, „daß Kay Diesner als eine Art Kombination der beiden genannten Tätertypen gelten kann“. Der psychologische Gutachter, Dr. Wienicke, hob die „problematische, zerrissene Persönlichkeit“ Diesners hervor. „Warum schoß der 24jährige sofort?“, wunderte sich die Berliner Morgenpost am 8. August. Die Nachrichtenagentur dpa meldete nach dem ersten Verhandlungstag: „Die Aussagen (Diesners) enthüllen seine wirre Ideologie. Er fühle sich der in den USA beheimateten Gruppierung „Weißer Arischer Widerstand“ zugehörig, sei ein „germanischer Heide“. Doch zugleich sagt er, seine Vorbilder seien die Terrororganisationen Rote-Armee-Fraktion und Irisch-Republikanische Armee.“

Viele vermeintliche Ungereimtheiten dieser „wirren Ideologie“, wie dpa glaubt, finden jedoch eine naheliegende Erklärung, sobald die Zeit beleuchtet wird, da aus dem rechten Hooligan eine „tickende Zeitbombe“ wurde. So hatte Ingo Hasselbach Diesner nach dem Marzahner Attentat im „Spiegel“ beschrieben. Ein Bild, das Richter Vilmar aufgriff.

Zu den Materialien, die in Nazi-Kreisen Anfang der 90er Jahre Standardliteratur wurden, gehörte „Bewegung in Waffen – Strategie und revolutionärer Kleinkrieg“. Lange bevor 1993/94 eine Reihe rechtsextremistischer Parteien verboten wurden, vollzogen sich innerhalb der weitgefächerten Nazi-Szene Umstrukturierungen, verbunden mit einem Strategiewechsel. Nicht mehr große Parteien mit vielen Anhängern, sondern bewegliche, handlungsorientierte „Zellen“ wurden angestrebt. Nicht mehr der Kampf um Wählerstimmen war vorrangig, sondern die Vorbereitung auf den militärischen Kleinkrieg. Das 1945 von Goebbels propagierte Wehrwolf-Konzept wurde aktualisiert, verlässliche Kader wurden geprüft und geschult, auf ihren späteren Einsatz vorbereitet, Karteileichen oder rechtsradikale Suffköpfe wurden rechts liegen gelassen.

Ein „Bestandteil der Taktik in dieser Phase des Wehrwolfkampfes ist die Trennung der Aktionstruppen in Kampfeinheiten auf der einen Seite und Propagandaeinheiten auf der anderen“, heißt es in „Bewegung in Waffen“. „Dies vor allem aus Gründen der Konspiration und der Sicherheit. Die RAF

hat sich dieses Konzept ebenfalls nutzbar gemacht. Wie in anderen Themenbereichen auch, hat die RAF die Grundsätze des bewaffneten Untergrundkampfes der Stadtguerilla erkannt, die, wie gesagt, nicht von der politischen Überzeugung abhängig sind.“

An anderer Stelle werden die PLO und die IRA als aktuelle Vorbilder benannt. Zwei weitere Passagen lesen sich, als seien sie Diesner auf den Leib geschrieben, oder andersherum, als habe er sie so verinnerlicht, wie es die Art seiner Mordanschläge in Schleswig-Holstein und Marzahn nahelegen.

„Im verdeckten Kampf ist der Wehrwolf grundsätzlich zunächst einmal der Angreifer. Er allein besitzt die Entscheidungsgewalt, ob, wann und wo mit der Offensive begonnen werden soll... Wenn sie (die zahlenmäßig unterlegenen Wehrwölfe – A. P.) überhaupt eine ernsthafte Chance zum Sieg haben wollen, dann müssen alle Aktionen aus der Überraschung heraus erfolgen.“

Mit Todesverachtung zum Sieg

Öffentlich müssen „alle Maßnahmen des Wehrwolfs als das herausgestellt werden, was sie in der Tat auch sind, nämlich ausschließliche Notwehrreaktionen und Verteidigungsaktionen eines unterdrückten Volkes gegen die plutokratische Tyrannei der Demokratie.

Drei letzte Auszüge aus „Bewegung in Waffen“ mögen den Einblick in dieses Schulungsmaterial, das auch Diesner bekannt war, abrunden:

„Wir greifen an den Schwachstellen an. Der Fall Rohwedder hat in diesem Zusammenhang deutlich gemacht, wo eine Schwachstelle im System vorhanden war und wieviel Sympathie den Attentätern insbesondere in Mitteleuropa (Neue Bundesländer – A. P.) entgegengebracht worden ist.“ (Dr. Detlev Carsten Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Treuhandanstalt, wurde am 1. April 1991 in Düsseldorf erschossen – A. P.)

Am „allermeisten kommt es darauf an, die Jugend ganz und gar auf unsere Seite herüberzuziehen. Der Wehrwolf tritt, seinem inneren Wesen entsprechend, jung, dynamisch und scheinbar durch nichts aufzuhalten in die Kampfhandlungen ein.“

Schließlich „muß der Wehrwolf „in die Nachrichten kommen“, „Schlagzeilen machen“... Auch Aktionen von „lediglich“ lokalem und regionalem Rang können so, wenn nicht Weltgeltung, so doch einen weitestgehenden Bekanntheitsgrad erreichen und damit nachhaltigste Wirkung erzielen. Das ist dann Propaganda der Tat in ihrer sinnvollsten Ausprägung.“

Diesner startete „seine Aktionen aus der Überraschung“ heraus. In Marzahn und auf dem Rastplatz Roseburg schoß er unvermittelt, seinen Opfern

„keine Chance“ lassend. Auf die Frage, ob er in Notwehr gehandelt habe, antwortete Diesner: „Der rassistische, faschistische, imperialistische Staat hat mir den Krieg erklärt. Ich habe die Kriegserklärung angenommen.“

Nach Feinden befragt, nannte Diesner alle Mitglieder von BRD-Parteien. „Wer den Eid auf das Grundgesetz schwört, ist kein Deutscher mehr, der ist ein BRDler. Staatsanwälte sind Folterknechte, Bullen ihre Handlanger. Im Kampf kann man Polizisten töten.“

Diesner sprach vom „Holocaust an der weißen Rasse“, er sei „politischer Soldat“, er habe die RAF und die IRA zum Vorbild und er sei „Freiheitskämpfer für die weiße Rasse“. Auf die Frage, ob er unter Holocaust „geplanten Massenmord“ verstehe, sagte er: „Ja, der wird ausgeführt“. Fremdvolker, wie Slawen, Araber, Afrikaner, hätten in Deutschland nichts zu suchen. Auch Juden? Diesner: „Dazu äußere ich mich nicht, die Frage ist mir zu doof.“

Zur Abrundung: Andreas Storr, der vor dem Lübecker Gericht seine emsige Jugendarbeit pries, war 1991 verantwortlicher Redakteur der JN-Schrift „Einheit und Kampf“. In der Ausgabe 4 dieses Jahrgangs ließ Storr einen Artikel „Der politische Soldat“ veröffentlichen. In der Einführung heißt es, die Schrift sei mit „der ausdrücklichen Absicht verfaßt, zu konkreten Taten anzuspornen“. „Die Reihen unserer Feinde sind gewaltig“, steht darin: „die Banken, die Kommunisten, die Freimaurer, die Zionisten, die Kapitalisten.“ Gefragt seien daher „politische Soldaten“, die gewillt sind, „alles und jeden für ihr Ideal zu opfern“, bei denen „Todesverachtung der Stoff ist, aus dem man Siege macht.“



„Werwolf – Winke für Jagdeinheiten“ wurde bei Kay Diesner sichergestellt

Weißer Arischer Widerstand

Professionell und mit allen Waffen

Unmittelbar nach den Verboten rechtsextremistischer Parteien kursiert ein weiteres Papier, ein Aufruf in der militanten Naziszene. Als Autor gilt Marcus Bischoff. Er ist seit 1995 in Berlin inhaftiert. Seine Briefe an Diesner unterschreibt Bischoff mit: „Wir Arbeiten Weiter“ (WAW). Diesner antwortet ihm aus der Haftanstalt Lübeck mit „88“, ein Synonym für „Heil Hitler“.

Der Marcus Bischoff zugeordnete Aufruf wurde im „NS-Denkzettel“ 3/93 unter dem Titel „Die Zeit ist reif für den WEISSEN ARISCHEN WIDERSTAND DEUTSCHLAND“ veröffentlicht und seither tausendfach verteilt:

„Wie aus dem in der FASCHISMUS-Schulungsbrochüre angeführten ‘Mein-Kampf’-Zitat hervorgeht, haben wir alle die Pflicht zum Widerstand – und zwar zum Widerstand mit a l l e n Waffen!

Mit Freude ist in der ‘Szene’, d. h. in unserem Lager, bereits ein gewisser Widerstandswille zu bemerken. Es laufen Vorbereitungen, dem Staatsterror gewappnet entgetreten zu können. Widerstand regt sich, Deutscher Widerstand...

Selbst in der ‘multikulturell’ durchrassten USA! Der Name einer Widerstandsgruppe dort, der WHITE ARYAN RESISTANCE von Kamerad Tom Metzger hat nicht nur uns sehr gefallen...

Wir wollen hier keinen neuen Verein gründen (der dann sowieso ganz schnell wieder verboten würde). Der WEISSE ARISCHE WIDERSTAND, DEUTSCHLAND ist keine Organisation mit Vorsitzendem, Kassierer usw. oder mit regelmäßigen Sitzungen. Man kann ihm nicht ‘beitreten’, bekommt auch keinen ‘Mitgliedsausweis’. Der WEISSE ARISCHE WIDERSTAND, DEUTSCHLAND ist einfach nur vorhanden. Jede Kameradschaft, jede Gruppe, jede Organisation, jeder Freundeskreis, jede Partei, jeder Einzelkämpfer, der aktiv etwas für unsere Sache tut, befindet sich im WEISSEN ARISCHEN WIDERSTAND; DEUTSCHLAND!“

Diesem Aufruf zum Weißen Arischen Widerstand (W.A.W.) mit allen Waffen, folgten weitere Anleitungen. Das Bundeskriminalamt schreibt dazu im Zusammenhang mit dem Diesner-Prozeß:

„Unter dem Titel ‘Manifest des revolutionären nationalistischen Widerstands’ wird weiter die Notwendigkeit des Widerstands aus Sicht der Verfasser begründet....

Da es nicht ausreichte, auf die Verfolgung der 'nationalen Opposition' nur zu reagieren, müsse man eine 'offensive Strategie' entwickeln, um letztlich an die Macht zu kommen...

Der Widerstand müsse insgesamt professionell geplant sein. Dazu gehöre auch Tarnung, Unauffälligkeit und Unberechenbarkeit...

Wer in den Widerstand gehen wolle, dürfe im Alltag keine Zuordnung zum 'nationalen Spektrum' möglich machen. Junge, unvorbelastete Aktivisten sollten eine Ausbildung bei der Bundeswehr oder der Polizei anstreben.

Die Aufgabe des 'revolutionären Kämpfers' bestehe allein im militärischen Kampf. Dabei sollten nicht 'irgendwelche unbekanntes Ausländer' das Ziel der Aktionen sein, 'sondern diejenigen, die in Wort und Tat verantwortlich sind für die derzeitige Lage'. Dazu zählen in erster Linie Politiker, Journalisten, Intellektuelle und Funktionäre verschiedener Organisationen. Über diese Personen müssten zuvor sorgfältig Informationen gesammelt werden."

Die vom BKA zitierte Schrift wird Steffen Hupka zugeordnet. Die Nazi-Karriere des 34-jährigen füllt Seiten. Hier nur soviel: 1993 zog Hupka aus den Altbundesländern nach Sachsen-Anhalt. Von Quedlinburg aus koordiniert er seither neofaschistische Strukturen im Ost-Harz. 1996 wurde er außerdem Beisitzer im JN-Vorstand.

Die „Tücke“ des „Einzelkämpfers“

Das Konzept des Weißen Arischen Widerstands (W.A.W.) schließt nicht aus, daß sich immer wieder mal Kleingruppen finden, die sich W.A.W. nennen. So wurden 1994 eine Berlinerin und ein Berliner verurteilt, die sich als „Weiße Arischer Widerstand“ ausgaben und Sprengstoffanschläge auf die Bezirksgeschäftsstelle der PDS androhten. 1996 wurde in Berlin erneut eine Gruppe aufgedeckt, die sich Weißer Arischer Widerstand nannte. Zwei Mitglieder wurden inhaftiert.

Die „Tücke“ der entwickelten Kampfformen (Wehrwolf, W.A.W., Manifest des revolutionären nationalistischen Widerstands) besteht aber gerade darin, daß keine Strukturen erkennbar werden, daß jeder Anschlag wie der eines „durchgeknallten Einzeltäters“ erscheint. Es handelt sich um das „Konzept des führerlosen Widerstandes“, bei dessen Anwendung ausgeblendet bleiben soll, ob und wenn ja, wer zu welcher Zeit und auf welche Art, „führend“ im Hinter- und Untergrund agiert hat.

Dieser nimmt für sich in Anspruch, im Weißen Arischen Widerstand zu sein und allein gehandelt zu haben. Ob er wirklich Einzeltäter war, konnte vor dem Lübecker Landgericht nicht nachgewiesen werden. Allerdings



1994 wurde die Geschäftsstelle der PDS-Weißensee durch eine Gruppe „Weißseer Arischer Widerstand bedroht.

sprach Diesner in frühen Vernehmungen auch von „Kameraden“, mit denen er sich zwischen dem 15. und 19. Februar getroffen habe. An anderer Stelle weigert er sich, Angaben zu machen, weil er sonst „Zellenstrukturen“ preisgeben würde.

Das Konzept des „führerlosen Widerstandes“ hat auch zur Folge, daß sich das rechtsextremistische militante Gefahrenpotential nicht an Gruppen- oder Mitgliederzahlen messen läßt, wie es das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz Ende August tat. In einem „Lagebild über den Rechtsextremismus in Berlin – Stand: 31. August 1997“ und von Innensenator Schönbohm am 18. September im Innenausschuß des Abgeordnetenhauses vorgestellte – kamen die Verfassungsschützer unter anderen zu den Schlüssen:

1. Im Jahr 1997 hat sich die Aufwärtsentwicklung im Bereich der militanten Rechtsextremisten bundesweit fortgesetzt... Für Berlin ist dagegen bei den Neonationalsozialisten insgesamt eine rückläufige Entwicklung zu beobachten.

2. Es gibt... keine Anhaltspunkte dafür, daß es sich bei den Taten von Kay Diesner um organisierte terroristische Aktionen gehandelt hat.

Ausgewiesene Experten sprachen indes längst von einer „neuen, gefährlichen Qualität“ der rechtsextremen und militanten Nazi-Szene, auch in Berlin.

Resümee mit Fragezeichen

Krieg: Ein Toter und zwei zufällig Überlebende

Was nicht ermittelt ist, kann nicht verhandelt werden. Vor Gericht zählen Fakten, keine Vermutungen. Oberstaatsanwalt Möller befand abschließend: „Es war kein kurzer Prozeß, sondern ein Prozeß mit außerordentlicher Fairneß und großer Langmut des Gerichts. Es war und ist kein politischer Prozeß, aber ein Prozeß, in dem politische Komponenten eine Rolle spielen – müssen.“

Nebenklageanwalt Dost faßte zusammen: „Diesner ist ein Überzeugungstäter. Er war beteiligt am Aufbau terroristischer Strukturen. Sein Kriegsziel ist die Zerschlagung des Staates. Seine Handlungsweise entspricht dem Konzept des führerlosen Widerstandes. Diesner wird als Einzeltäter verurteilt werden. Ob er als Einzeltäter gehandelt hat, bleibt fraglich“, kritisierte er in seinem Plädoyer die „Qualität der Berliner Ermittlungen“.

Daran, daß Diesner das Attentat auf Klaus Baltruschat verübt und den Polizisten Stefan Grage erschossen hat, zweifelte auch sein Verteidiger nicht. Dennoch bleiben viele Fragezeichen über den Tathergang und mögliche Hintergründe.

So fuhr Diesner auf seiner Flucht durch Schleswig-Holstein an verschiedenen Tagen mehrmals auf den selben Parkplatz. Warum, war er dort verabredet? Sein Mazda war nicht nur mit Munition und Militärausrüstung vollgestopft, auch das Handbuch „Werwolf – Winke für Jagdeinheiten“ gehörte dazu. Er führte auch zwei Dokumente mit sich, die intensivere Nachforschungen gelohnt hätten. Eine Autokarte mit handschriftlichen Eintragungen und ein Notizzettel, eine Art Zeitplan. Auf der Autokarte stand unter anderem bei Lübeck „Benzin“ und nördlich von Hamburg „Kennzeichen“. Hat Diesner mit „deutscher Gründlichkeit“ notiert, wo er Benzin klaute und wo er sein Autokennzeichen wechselte? Oder wurde das Kennzeichen für ihn bereitgelegt und der Vermerk vor seiner Flucht eingetragen? Der Notizzettel ist mit Zeitangaben versehen. Was aber bedeuten die Einträge: „Türken – 1^{oo}, Bullen – 2^{oo} und PDS – 8^{oo}“, also jene Stunde, da Diesner am 19. Februar vor die Geschäftsstelle der Marzahner PDS fuhr? Eine Zeugin will zur Tatzeit gesehen und gehört haben, wie ein grauer Pkw japanischer Bauart mit quietschenden Reifen davonfuhr und dabei einen Blumenkübel am Straßenrand schrammte. Diesners „bester Kamerad“, Andreas T., fuhr gelegentlich den grauen Mitsubishi seiner Mutter. Unmittelbar nach-

dem am 23. Februar 1997 Diesners Marzahner Wohnung durchsucht worden war, wurde in die versiegelten Räume eingebrochen. Von wem und mit welchem Ziel? Diesner will seit 1995 in der Marzahner Blenheimstraße gewohnt haben. Polizeilich gemeldet war er dort seit 1996. Ein Befragter gab an, Diesner sei bereits 1993 dorthin gezogen. Vordem war die Wohnung von einer Person angemietet, die gleichfalls in der Berliner Neonazi-Szene keine Unbekannte ist. Zufall? In Diesners Wohnung habe es weder Lichtschalter noch Steckdosen gegeben, stellte die Polizei fest. Warum? War Diesner doch nicht der „ordentliche Deutsche“ oder wurden Schalter und Steckdosen vorsätzlich entfernt, weil sie auch als „Verstärker“ für Abhörwanzen funktionieren? War Diesners Wohnung möglicherweise weniger Wohnstätte als konspirativer Treff?

Diesner beteuert, er sei am 15. Februar 1997 weder am Bahnhof Wuhletal, noch beim JN-Treff in Weißensee gewesen. Er kenne das Geschehen von Hellersdorf nur aus Fernsehnachrichten, die er in seiner Wohnung gesehen habe. Wie, wenn die gesamte Elektrizität außer Betrieb war? Oder war sie es zu diesem Zeitpunkt noch nicht?

Andreas T. will sich, wie Diesner, politisch nicht betätigt haben: „Höchstens mal eine Demo.“ 1996 war er aber gemeinsam mit Diesner in Irland bei dem militant-nationalistischen Vorbild IRA. Warum? Und was bedeuten die Fotos, die man bei Diesner sicherstellte, auf denen Bundeswehrpanzer Zivil-Pkw überrollen bzw. Autos „abgefackelt“ werden? Diesner fuhr 1996 nach Österreich, um sich seine Waffe zu kaufen. Anschließend versuchte er im Amtsgericht Tiergarten einen Staatsanwalt auszuspähen. In einem Abschiedsbrief an seine Mutter, erklärte er sich zum endkampfereiten „Märtyrer“. Den Brief gab er Andreas T. Was wußte der wirklich und wo war Andreas T. zwischen dem 15. und 19. Februar und danach? Diesner, stets klamm und ob zahlreicher Strafen in Geldnöten, gab vor dem 15. Februar 1997 Andreas T. sein Handy. Andreas T. leugnete dies und versuchte, eine Zeugin zu beeinflussen, dasselbe zu tun. Warum? Am Morgen vor dem Attentat auf Klaus Baltruschat ruft Diesner Andreas T. an und meinte nach dessen Aussage: „Bei mir ist alles klar!“ Was war klar und wer waren die Kameraden, mit denen sich Diesner nach dem 15. Februar getroffen hat? Und was ist mit den „Zellenstrukturen“, die Diesner nicht preisgeben wollte. Diesner hatte in Österreich und in Deutschland Munition gekauft. Nach seiner Festnahme wurden bei Diesner reichlich Patronen sichergestellt, verglichen mit einschlägigen Preislisten aber erheblich weniger, als er gekauft haben muß. Wo ist der Rest und wo sind jene Waffen geblieben, die er nach dem 1. Mai 1994 aus seiner Wohnung schaffte, wie eine Zeugin angab?

„Alles offene Fragen“, meinte Anwalt Dost nach dem Prozeß gegen Kay

Diesner. Die Nachrichtenagentur dpa hingegen berief sich bereits am 26. Februar 1997, also drei Tage nach Diesners Festnahme bei Lauenburg, auf den damaligen Berliner Justizsprecher, Rüdiger Reiff: „Nach den Ermittlungen ist davon auszugehen, daß er ein Einzeltäter ist.“

Das Urteil ist gesprochen. Zwar hat Pflichtverteidiger Schüller Revision eingelegt, aber daran, daß Diesner „Klaus Baltruschat niedergestreckt“ und „Stefan Grage hingerichtet“ hat, daß er „einen Toten und zwei zufällig Überlebende“ auf seinem Strafkonto hat, wie Richter Vilmar zusammenfaßte, dürfte nicht zu rütteln sein.

Wer oder was ihn konkret zu dem tödlichen Amoklauf getrieben hat, bleibt offen. Ein „Einzeltäter“ im politischen Sinne ist er nicht.

Warum?

Nach der Urteilsverkündung gegen den Neonazi und Polizistenmörder Dierner führen Käthe und Klaus Baltruschat, die Berliner PDS-Landesvorsitzende Petra Pau und Nebenklageanwalt Ulrich Dost gemeinsam mit der Mutter des ermordeten Polizisten, Frau Ursula v. Seitzberg, zur Grabstätte Stefan Grages. Auf dem Grabstein steht in großen Lettern: Warum?



Daten und Fakten

Januar 1997

Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz warnt vor einer Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten.

Zugleich wird publik, daß die Jugendorganisation der NPD, die rechtsextreme JN, am 15. Februar 1997 einen Aufmarsch durch Berlin-Hellersdorf unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ plant.

30. Januar

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird das Bezirksamt Hellersdorf durch alle Fraktionen der BVV Hellersdorf beauftragt, den JN-Aufmarsch zu unterbinden. Stadtweit protestieren antifaschistische Bündnisse, mehrere Gegenkundgebungen werden angemeldet.

13. Februar

DGB, Bündnis 90/Die Grünen, PDS u.a. fordern Innensenator Schönbohm auf, den JN-Aufmarsch zu verbieten. Der Innensenator weist dies zur Wahrung des Demonstrationsrechts zurück. Zugleich informiert der CDU-Politiker, daß die JN ihre Demonstration in einen Saal verlegen wolle.

Über das „Nationale Info-Telefon“ (NIT) der JN wird die Verlegung bestätigt, zugleich wird der Bahnhof Wuhletal in Berlin-Hellersdorf als Treffpunkt für JN-Kameraden benannt.

15. Februar

In Hellersdorf finden mehrere antifaschistische Kundgebungen, unter anderem am „sowjetischen Ehrenhain“ in der Brodauer Straße, statt.

Eine weitere, von der PDS angemeldete Gegenkundgebung vor dem Bahnhof Wuhletal, kommt nicht zu Entfaltung. Auf dem Bahnsteig finden gewaltsamen Auseinandersetzungen statt. Innensenator Schönbohm macht dafür die PDS verantwortlich.

16. Februar

JN-Chef Storr stellt Strafanzeige unter anderem wegen Landfriedensbruch und Anstiftung zum Mord gegen die PDS-Politiker(innen) Gregor Gysi, Petra Pau sowie Uwe Klett und kündigt der PDS über das

NIT „ein Nachspiel“ an.

Die CDU beschuldigt die PDS der „Menschenhatz“.

17. Februar

CDU-Politiker fordern den Bezirksbürgermeister von Hellersdorf, Uwe Klett (PDS), zum Rücktritt auf. CDU-Fraktionschef Landowsky bezichtigt Klett der „politischen Brandstifterei“.

19. Februar

Innensenator Schönbohm läßt die Einladung von Bezirksbürgermeister Klett, gemeinsam über eine Sicherheitspartnerschaft zu beraten, ausschlagen.

Im Haus der Geschäftsstelle der Marzahner PDS wird ein Attentat auf den Buchhändler Klaus Baltruschat verübt. Beim Landesvorstand der PDS geht ein anonymes Drohanruf ein.

Gregor Gysi bekräftigt, daß die PDS ihren Kampf gegen Rechtsextremismus fortsetzt und entschieden dafür eintritt, daß die Auseinandersetzung mit politischen Mitteln und nicht mit Gewalt stattfindet. Mehrere hundert Berlinerinnen und Berliner versammeln sich am Abend zu einer Mahnwache „gegen Gewalt“ vor dem Gebäude Alt-Marzahn 64.

23. Februar

In Schleswig-Holstein wird bei einer Verkehrskontrolle ein Polizist erschossen, ein zweiter verletzt. Die verwendete Waffe führt zu dem Verdacht, daß zwischen dem Polizistenmord und dem Marzahner Attentat ein Zusammenhang bestehen könnte.

24. Februar

Im Innenausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses bekräftigt Innensenator Schönbohm seine Gewalt-Vorwürfe gegen die PDS und charakterisiert den Polizeieinsatz vom 15. Februar als „angemessen“.

25. Februar

Der in Lübeck inhaftierte Berliner Kay Diesner gesteht, er habe aus „Haß auf die PDS“ auf den Buchhändler Klaus Baltruschat geschossen. Aktueller Anlaß für seinen Rachefeldzug seien die von der PDS initiierten gewaltsamen Ausschreitungen gegen rechte Kameraden am 15. Februar gewesen.

Das LKA Berlin erklärt: Diesner war, wie auch andere Personen aus

dem rechtsextremistischen Spektrum, bereits im Blickpunkt der Berliner Ermittlungen.

26. Februar

Der Berliner Justizsprecher schätzt gegenüber der Presse ein: Die Ermittlungen der SoKo Alt-Marzahn haben ergeben, daß Diesner ein Einzeltäter ist.

28. Februar

Mehrere Tausend Berlinerinnen und Berliner folgen dem Aufruf von 22 Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Antifa-Verbänden sowie Einzelpersonlichkeiten zu einer Kundgebung vor dem Roten Rathaus „gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen und gegen die Verharmlosung von Neonazis“.

4. März

Klaus Baltruschat schließt sich als Nebenkläger dem Strafverfahren gegen Kay Diesner an.

6. August

Der PDS-Landesvorstand äußert in einem Pressegespräch zum bevorstehenden „Diesner“-Prozeß den Verdacht, daß die Berliner Polizei nach dem 15. Februar nicht hinreichend gegen rechtsextremistische Kreise ermittelt habe.

Polizeipräsident Saberschinsky weist die Vorwürfe im SFB als „zynisch“ zurück.

8. August

Vor dem Lübecker Landgericht beginnt der Strafprozeß gegen Kay Diesner. Die Anklage lautet auf Mord und mehrfachem Mordversuch.

15. August

Vor dem Lübecker Landgericht sagt der für die Berliner Ermittlungen zuständige Kriminaloberkommissar aus: Gegen den in Marzahner Tatortnähe wohnenden Diesner sei erst nach dessen Festnahme am 23. Februar 1997 ermittelt worden. Das LKA weist wenige Tage später im Berliner Tagesspiegel Ermittlungsversäumnisse zurück.

8. September

Innensenator Schönbohm bekräftigt die Äußerung von Polizeipräsi-

dent Saberschinsky, wonach Diesner nach dem Marzahner Attentat auf einer Liste rechtsextremer Tatverdächtiger gestanden habe. Allerdings sei Diesner nicht als besonders „gewalttätig“ und nicht als „dringend tatverdächtig“ eingestuft worden.

18. September

Innensenator Schönbohm stellt einen „Lagebericht“ des Landesamtes für Verfassungsschutz vor. Demnach ist die Entwicklung im Bereich der Berliner Neonationalsozialisten rückläufig. Der Angeklagte Diesner wird als „Einzeltäter“ ausgewiesen.

30. November

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen Gregor Gysi, Petra Pau und Uwe Klett abgeschlossen.
Die von JN-Chef Storr angezeigten Vorwürfe sind gegenstandslos.

Dezember

Die Enthüllungen über Neonazi-Skandale in der Bundeswehr reißen nicht ab. Bundesverteidigungsminister Rühle (CDU) spricht von „verabscheuungswürdigen Einzelfällen“.

1. Dezember

Das Lübecker Landgericht verurteilt Diesner wegen Mord und versuchtem Mord zu lebenslanger Haft.

8. Dezember

Bei einer Polizeirazzia in 17 Wohnungen von Mitgliedern der „Kameradschaft Treptow“ wird neben faschistischen Propagandschriften eine Bombe für einen vorbereiteten Anschlag auf ein Berliner PDS-Mitglied entdeckt.

10. Dezember

Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz warnt vor einer „neuen Qualität“ rechtsextremistischer Gewalt.
Die PDS-Landesvorsitzende Petra Pau zieht Parallelen von der Kameradschaft Treptow zum „Fall Diesner“.